Sonntag, 15. Januar 1922. Einzelnummer 15 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 12.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M
im Reklameteil 10.— M in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das Gesetz vom 14. Juli 1920.

Zunächst einige Streiflichter.

1. Oberamtmann A. war nach über 30jähriger treuer Dienstzeit 1909 in Pension gegangen. Als Teil der Pension wurde ihm von seiner Herrschaft ein dieser gehöriges, ¼ Morgen großes Grundstück in Chm. als Ruhesitz gegen Pachtvertrag, der auf Lebenszeit des Pächters geschlossen wurde, überlassen. Die Herrschaft mitsamt dem erwähnten Pachtgrundstück wurde 1902 an die preußische Ansiedlungskommission verkauft. Letztere mußte in den Pachtvertrag eintreten und erneuerte auch tatsächlich den von Herrn A seinerzeit abgeschlossenen Pachtvertrag. Jetzt erhielt Herr A. trotz des lebenslänglichen Pachtvertrages vom Posener Bezirksandamt unter Berufung auf das Gesetz vom 14. Juli 1920 das Kündigungsschreiben, das ihn zur Räumung der Pachtstelle zum 1. Dezember 1921 auffordert. Bemerkt sei, daß Herr A., der Deutschkatholik und unbestritten und unbestreitbar polnischer Staatsbürger ist, im Alter von 83 Jahren steht, schwer krank, unverheiratet ist und weder in Polen noch in Deutschland Verwandte hat, zu denen er sich flüchten könnte.

2. Herr K. in B., Eigentümer eines von alters her in der Familie vererbten freien Bauerngutes von 50 Morgen, kaufte 1912 aus den Händen der Ansiedlungskommission einige Morgen zur Abrundung seines Besitzes hinzu. Bei solchen Zukäufen wurde von der Ansiedlungskommission die Regulierung des Gesamtgrundstückes gefordert, und das Regulierungsverfahren brachte aus formell-juristischen Gründen eine fiduziarische Auflassung des alten Grundstückes an die Ansiedlungskommission gegen spätere Rückauflassung seitens dieser mit sich. Diese Rückauflassung ist infolge der Kriegsverhältnisse bis zur Abtretung des Teilgebietes an Polen unterblieben. Jetzt hat Herr K. — wie noch viele andere in ähnlicher Lage — das bereits erwähnte Kündigungsschreiben auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 erhalten.

Ansiedler G. in M. erhielt am 6. November 1918 von der preußischen Ansiedlungskommission seine Auflassung. Die Eintragung des G. als Eigentümer auf Grund dieser Auflassung nahm der Grundbuchrichter erst am 19. Novbr. 1918 vor. Auch G. hat sein Kündigungsschreiben erhalten.

Eine deutsche Fürstin besaß auf einem Posener Grundstück eine Darlehnshypothek, die sie im Sommer 1918 notariell unter Übergabe des Hypothekenbriefes an Herrn T. abtrat. Herr T. wollte jetzt die Hypothek im Grundbuch auf seinen Namen umschreiben lassen. Das Grundbuchamt weigerte sich zunächst, die Umschreibung vorzunehmen und verwies Herrn T. ans Liquidationsamt. Dieses stellte sich auf den Standpunkt, daß die Hypothek dem polnischen Staat zukomme auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920.

Auch bei den alten freien Bauerngrundstücken, die die Eigentümer ohne jeglichen Zukauf aus Gründen der Kreditbeschaffung usw. von der Mittelstandskasse regulieren ließ und bei denen zufällig am 11. November 1918 das fiduziarische Eigentum der preußischen Ansiedlungskommission noch eingetragen war, leitet die polnische Verwaltung aus diesem fiduziarischen, rein formellen Eigentum und dem Gesetz vom 14. Juli 1920 das Recht her, den eigentlichen Eigentümer, den Bauern, von seiner Stelle zu vertreiben, indem er ihn in gleicher Weise zur Räumung auffordert. Braucht sich die polnische Regierung etwa nicht daran zu halten, woran sich die preußische strikt hielt und halten mußte, daß ihr das Land nur „zu getreuen Händen" übergeben war, mit dem Beding der Rückgabe, wenn der Zweck, zu dem die Übergabe erfolgt war, erfüllt war? Gibt das Gesetz vom 14. Juli 1920 dem polnischen Staat wirklich das Recht, das seinem Vorgänger anvertraute Gut zu „veruntreuen"?

Wenn ein Gesetz zu derlei praktischen Ungeheuerlichkeiten führt, dann muß es entweder selbst ungerecht oder die Art seiner Anwendung muß fehlerhaft oder übelwollend sein. Ersteres soll man ohne zwingenden Grund nicht annehmen. Die Fehlerhaftigkeit der Anwendung bedeutet freilich auch einen Vorwurf gegen den Gesetzgeber. Hätte er sich deutlich und bestimmt genug ausgedrückt, dann wäre überhaupt keine Möglichkeit zu falscher Anwendung gegeben. In der Tat stellt sich das Gesetz vom 14. Juli 1920 in Hinsicht auf die legislative Technik selbst innerhalb der in dieser Beziehung allgemein nicht hochstehenden neupolnischen Gesetzgebung als ein wenig rühmliches Erzeugnis dar. Oder war etwa diese Verschwommenheit und Unklarheit beabsichtigt, wars Raffinement und nicht bloß Nichtkönnen? Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen. Die nationaldemokratischen Väter dieses Gesetzes haben vielleicht gerade deshalb so viel hineingeheimnist, um einerseits dem Sejm, dessen Mehrheit von nackter Enteignung womöglich nichts hätte wissen wollen, zu überrumpeln und ihn über die Tragweite des Gesetzes zu täuschen, und um andererseits eine weitere Handhabe zu haben zur Durchführung ihrer rücksichtslosen Entdeutschungspolitik, ohne das Kind beim Namen zu nennen. So gibt denn das Gesetz dem Ausleger manche Nuß zu knacken. Leiten lassen darf sich dieser natürlich nicht von den geheimen Tendenzen und Triebfedern der Gesetzesverfasser, sondern lediglich von dem wissenschaftlich zu entwickelnden Inhalt des Gesetzes selbst und den erkennbar zum Ausdruck gekommenen Motiven des Gesetzgebers. Bezüglich des Art. 5 des Gesetzes ist dessen Sinn recht objektiv und musterhaft klargestellt worden in den Ostrowoer Urteilen in den Domänenprozessen. Folgt man der dort gegebenen Auslegung, dann sind Fälle, wie der an die Spitze dieses Artikels gestellte unmöglich. Wie aber bei den anderen Fällen? Wo liegt da der Fehler bei der Anwendung des Gesetzes? Nehmen wir z. B. den zweiten Fall: Zweifellos fällt er unter den Wortlaut des Artikes 1 des Gesetzes. Als Gläubiger der Hypothek hat der Grundbuchrichter an Stelle der deutschen Fürstin den polnischen Staatsschatz einzutragen. Ebenso zweifellos aber ist es, daß die Hypothek auf Grund des Art. 256 des Friedensvertrages von Versailles nicht auf den polnischen Staat übergegangen ist, selbst wenn wir unterstellen, daß auch Hypotheken unter diesen Artikel fallen und daß das Datum des Waffenstillstandsbeschlusses im Weltkrieg der vom Friedensvertrag beabsichtigte Stichtag sei. Denn an diesem Tage stand die Hypothek der Fürstin ja überhaupt nicht mehr zu. Durch notarielle Abtretungserklärung und Übergabe des Hypothekenbriefes war die Hypothek nach § 1154 B. G.-B. bereits im Sommer 1918 auf Herrn T. übergegangen. Herr T. kann deshalb jederzeit vom polnischen Staat die Bewilligung seiner Eintragung als Gläubiger im Grundbuch verlangen und gerichtlich durchsetzen. Schon daraus ergibt sich: Die Eintragung des polnischen Staates als Eigentümer pp. gemäß Art. 1 bedeutet nicht den Übergang des betreffenden Rechts vom deutschen auf den polnischen Staat. Das Gesetz hat in erster Linie Sicherungscharakter. Es sichert eventuell auf den polnischen Staat übergegangene Rechte für diesen. Der Rechtsübergang selbst ist nicht erst durch das Gesetz, sondern auf Grund des Friedensvertrages unmittelbar erfolgt, ohne daß es einer Umschreibung

Briand tritt zurück.

Havas meldet: Briand gab in der Kammer eine Erklärung ab, in der er den Standpunkt, auf den er sich in Cannes stellte, begründete, und begab sich darauf in den elyseischen Palast, um den **Rücktritt seines Kabinetts** zu melden. Der Präsident der Republik, Herr **Millerand**, **nahm die Rücktrittserklärung an und übertrug Poincaré die Neubildung des Kabinetts.**

Zu diesem nicht ganz überraschenden Ereignis, dessen zweifellos bedeutende Tragweite sich im Augenblick noch nicht ganz übersehen läßt, liegen noch folgende Meldungen vor:

Paris 13. Januar. Wie hiesige Blätter erfahren wird Briand angesichts des am Donnerstag vom Ministerrat gefaßten Beschlusses keinerlei weitere Verpflichtungen übernehmen bevor er sich mit seinen Kollegen verständigt hat.

Berlin, 13. Januar. Aus **Paris** wird gemeldet: Die **Opposition** des französischen Parlaments **gegen die jetzige Regierungspolitik** nimmt zu. An der Spitze der **Opposition** steht der frühere Finanzminister **Klotz**, ein **Anhänger von Clemenceau.**

Paris 13. Januar. Millerand ließ sofort nach dem Rücktritt Briands den Präsidenten der Kammer zu sich rufen um seine Vorschläge über die Neubesetzung des Kabinetts zu hören. Der Kammerpräsident erklärte Briand hätte die Demission eingereicht. Er spricht von einer **Kombination Poincaré-Doumergue.** Poincaré will Doumergue ins Kabinett bringen, um die Linke des Senats zu befriedigen. Doch hat er für das Portefeuille des Ministers des Innern eine Persönlichkeit der **Rechten** vorgesehen. Für das Finanzministerium des Kabinetts Poincaré wird **de Lasteyrie** vorgeschlagen. Briand hat sofort nach seiner Demission die ausländischen Journalisten empfangen und ihnen den ersten Teil des englisch-französischen Bündnisprogramms vorgelesen, der, wie er meint, bedeutet, daß beide Länder in diesem Projekt mit gleichen Rechten auftreten. Man nimmt an, daß Poincaré die Ministerpräsidentschaft übernehmen und Viviani zu seinem Außenminister ernennen und als solcher nach Cannes geben werde.

Der unmittelbare Anlaß des Rücktritts.

Paris, 14. Januar. Den unmittelbaren Anlaß des Rücktritts bot die **Niederlage Briands** in der **Unterseebootfrage**: Frankreich hatte eine Tonnage von 90 000 verlangt, und Briand erklärte sich mit der Verminderung um die Hälfte einverstanden. Die Entschädigungsfrage spielte eine weniger erhebliche Rolle. Um Briands Stellung zu stützen gab Lloyd George in den Kolonialfragen und in den Fragen des nahen Ostens nach.

Bestürzung in Washington.

London, 13. Januar. Aus Washington wird gemeldet: Die **Nachricht vom Rücktritt Briands** wurde in hiesigen Konferenzkreisen **mit großer Bestürzung aufgenommen.** Die Tatsache wurde von Hughes bekanntgegeben, der mit Balfour Cato und Sarato verhandelt hatte. Die Mitglieder der amerikanischen Delegation erklärten über diese neue Entwicklung ihr **größtes Bedauern.**

Briands Abschiedsbericht.

Paris, 14. Januar. Vor der Niederlegung seines Amtes gab Briand einen erschöpfenden Bericht über die Verhandlungen in Cannes. Als er erklärte, er besitze nicht mehr genug Autorität, um länger auf seinem Posten bleiben zu können, regte sich kein Widerspruch. Die Linke klatschte Beifall, die Rechte protestierte dagegen. Briand sagte unter anderm daß in der Konferenz in Cannes die Mehrheit für die Erteilung eines Moratoriums an Deutschland und Änderung der Zahlungsbedingungen war. Die französische Abordnung in Cannes arbeitete erfolgreich, und Frankreich wird auch nicht einen Centime von dem, was es zu verlangen hat, verlieren. England muß starke Opfer bringen und willigte trotz seines früheren Widerstandes in die Bestätigung des Wiesbadener Abkommens.

Eine Abschiedsdepesche Briands an Lloyd George.

Paris, 14. Januar. Briand sandte an Lloyd George nach Cannes folgendes Telegramm: „Angesichts der politischen Verhältnisse, die ich bei meiner Rückkehr nach Paris vorfand, habe ich mich überzeugt, daß ein weiteres Verbleiben an der Spitze des Kabinetts für mich unmöglich ist. Ich habe dem Präsidenten der Republik mein Rücktrittsgesuch eingereicht und kann daher nicht mehr nach Cannes zurückkehren, um mich an den Arbeiten des Obersten Rates zu beteiligen. Ich bitte Sie, unsere Delegierten davon zu benachrichtigen und ihnen meine Bitte um Entschuldigung zu übermitteln und mein Bedauern darüber, daß ich der weiteren Zusammenarbeit mit Ihnen entsagen muß. Besonders aber bedauere ich mein lieber Herr Lloyd George, daß ich die Arbeit nicht zu Ende führen kann, die ich im Interesse unserer Länder und im Interesse des europäischen Friedens begann und die ich so gern zum glücklichen Abschluß gebracht hätte. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß mein Nachfolger sich dieser Arbeit gemeinsam mit Ihnen unterziehen wird und daß er bei der Verwirklichung der Absichten, die uns beide leiteten, glücklicher sein wird, als ich."

Kandidaten für das neue Kabinett.

Paris, 13. Januar. In **diplomatischen Kreisen** gilt es als sicher daß es **Poincaré** gelingen wird ein **Kabinett nach seinem Sinne** zu bilden, das standhaft die Rechte Frankreichs, die sich aus dem Versailler Vertrage ergeben, verteidigen und der deutschfreundlichen Politik Lloyd Georges keine Zugeständnisse machen werde. Es wurden zwar andere Männer für den Posten des Ministerpräsidenten, die dieselben Ziele verfolgen, wie z. B. **Peret, Jonnart, Steeg** und der bisherige Kriegsminister **Barthou** genannt aber die bekannte Individualität Poincarés neigte die Schale auf seine Seite. **Barthou** kommt vorläufig nicht in Betracht. Als Kriegsminister wird an seiner Stelle der General **Maginot** genannt. Finanzminister soll de la **Steyn** werden. Außerdem sollen in das Kabinett zwei Demokraten und zwei Radikale eintreten. Als Kandidaten werden die Senatoren **Dumergue** und **François Albert** genannt. Außerdem sollen noch fünf Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts für das Kabinett Poincarés in Betracht kommen. Diese Frage wird sich in den nächsten Stunden entscheiden.

*

Bourgeois' Antrittsrede.

Paris, 14. Januar. Bei der Übernahme des **Vorsitzes im Senat** hielt **Bourgeois** eine Rede, in der er seinen Glauben daran betonte, daß ein siegreiches Land auch imstande sein wird, einen würdigen Frieden herbeizuführen. Danach sprach Bourgeois sich mit Anerkennung über den Finanzausschuß aus, der eine genaue Bilanz der Finanzlage vorgelegt und an der Einschränkung der Ausgaben und der Herbeiführung des Gleichgewichts im Haushalt gearbeitet habe. Der Finanzausschuß habe auf die **traurige Finanzlage Frankreichs** hingewiesen und Mittel zur Verbesserung dieser Lage angegeben. Bourgeois skizzierte das **Finanzprogramm** und betonte die Notwendigkeit, die Ausgaben einzuschränken, Steuern einzuführen, Übergriffe zu vermeiden und eine scharfe Aufsicht über die Staatsfinanzen durchzuführen. Nach der Ansicht des Redners habe Frankreich schon die schwerste Zeit überwunden und müßte in diesem Jahr eine Marneschlacht auf finanziellem Gebiete gewinnen. Zur **auswärtigen Politik** übergehend, stellte Bourgeois fest, daß eine **loyale Durchführung des Vertrages noch nicht erzielt** sei. Dieses werde Frankreich unwiderruflich fordern. Frankreich habe noch nicht das erhalten, was es erhalten müßte. Die Deutschen erklärten, daß sie zahlungsunfähig seien, obschon sie gewaltige Mengen an Papiergeld **im Auslande** besitzen. Die Deutschen bemühen sich, die Verbandsmächte zu trennen. Die französische Regierung sprach sich **gegen Manöver dieser Art** aus. Im übrigen werde jede französische Regierung denselben Standpunkt einnehmen und jedes Einverständnis für die Herabsetzung der Entschädigungssummen, die die endgültige Grenze der französischen Opfer bildet, ablehnen. Bei der Besprechung der **Konferenz in Cannes** erklärte Bourgeois, daß alle mit Befriedigung das **französisch-englische Bündnis** aufnehmen werden, das die solideste Grundlage des Friedens in ganz Europa bilden wird. Wir zweifeln nicht daran, so sagte der Redner, daß der oben genannte Vertrag von Vorteil für beide Staaten ist, der u. a. auf der Grundlage einer vollkommenen Gleichberechtigung geschlossen werden und auf eine Änderung der Garantie- und Sicherheitsrechte, die durch die Verträge zuerkannt wurden, keinen Einfluß haben werde. Der Redner erklärte, daß Frankreich während des Krieges hauptsächlich als „**Retter der Freiheit**" angesehen wurde. Heute werde dieses Frankreich, das die für seine Existenz notwendigen Entschädigungen und Garantien seiner Sicherheit fordert, beschuldigt, eine Vorherrschaft anzustreben, und dies in dem Augenblick, da Frankreich die Zeit der militärischen Dienstpflicht und den Kriegshaushalt um mehr als eine Milliarde herabsetzte, da es eine Verminderung von 175 000 Tonnen für große Schiffe angenommen hat, da es nur wünscht, kleine Seestreitkräfte in solcher Zahl zu haben, wie sie notwendig sind zum Schutz seiner ausgedehnten Küsten, die drei Erdteile umfassen. Heute wird Frankreich angeklagt, einen Angriff gegen die Verbündeten zu erstreben und ist Gegenstand einer organisierten Pressekampagne. Wir müssen, so sagte Bourgeois, diese Manöver zunichte machen, indem wir uns an die einzelnen Regierungen und Völker wenden. Frankreich will **Retter der Menschenrechte** bleiben und die Rechte des Friedens verteidigen. Frankreich fordert nur — und in dieser Hinsicht ist es unerschütterlich — Garantien für seine Sicherheit und für das Beibehalten dessen, was es mit dem Preis seines Blutes erkaufte. (Langandauernder Beifall.)

Der Eindruck des Kabinettswechsels.

Paris, 13. Januar. Obwohl es schwierig ist, im gegenwärtigen Augenblick vorauszusehen, ob **Poincaré** die ihm übertragene Mission übernehmen wird, äußern doch die Zeitungen ihre **Befriedigung über die Erwähnung der Person Poincaré** für den leitenden Regierungsposten. Sie vertrauen, daß es ihm gelingen werde, das Einvernehmen mit den Verbündeten aufrecht zu erhalten und hierdurch zugleich Deutschland zu zwingen, die übernommenen Verpflichtungen durchzuführen. Eine Reihe von Zeitungen spricht von einer schnellen Beendigung der Krisis und erachtet die Bildung eines Kabinetts Poincaré für sicher.

Cannes, 13. Januar. Die unerwartete Nachricht von dem Rücktritt Briands rief einen **starken Eindruck unter den Delegierten der Konferenz** hervor, die jedoch gegenüber Loucheur ihr Bedauern über diese Entschließung Briands aussprachen.

London, 13. Januar. Der **Eindruck des Briandschen Rücktritts** in hiesigen politischen Kreisen ist sehr **unbedeutend.** Er stellt die Unfruchtbarkeit der Konferenz in Cannes fest, von der die ganze Welt, also auch England, ein günstiges Ergebnis in der Lösung der europäischen Krisis erwartete. In London rechnete man ernst mit der Rückkehr Briands nach Cannes.

Rom, 13. Januar. „Giornale d'Italia" schreibt in Verbindung mit der Kabinettskrisis in Frankreich, daß **Frankreich** sich an **einem entscheidenden Punkte seiner Geschichte** befinde. In dieser Angelegenheit veröffentlicht „Tribuna" die Nachricht aus Cannes, daß Lloyd George gegenwärtig alle im Jahre 1919 gemachten Versprechungen widerruft.

im Grundbuch bedurfte. Die Umschreibung hat in diesen Fällen lediglich die Bedeutung einer Grundbuchberichtigung, nicht die einer materiellen Rechtsänderung, und diese Herstellung der Kongruenz zwischen Grundbuch und wirklicher Rechtslage ist der zweite Zweck des Gesetzes. In den weitaus meisten Fällen wird dieser Zweck neben dem Sicherungszweck eine Rolle spielen. Aber das Primäre ist doch immer der Sicherungszweck. Durch die Eintragung des Staates wollte man zunächst mal einen Riegel vorschieben, daß nicht kraft des guten Glaubens des Grundbuches ein Nichtberechtigter Verfügungen traf, durch die bezüglich etwa in Frage kommender Rechte der polnische Staat geschädigt würde. Noch eine dritte Fliege schlug der Gesetzgeber mit einer Klappe, indem er die Umschreibung verfügte: Er verschaffte dem Staat für einzelne Fälle eine günstigere Beweislastposition bei eventuellen Prozessen (§ 891 B. G.-B.) Dieselben Zwecke, wie sie hier bezüglich der grundbuchlich eingetragenen Rechte dargelegt worden sind, verfolgt Art. 8 des Gesetzes hinsichtlich der beweglichen Sachen. Auch dieser Artikel konstituiert nicht einen Rechtsübergang, sondern gewährt dem Staate lediglich einen besonderen obligatorischen Anspruch gegen Dritte auf Besitzübertragung an in Frage stehenden Sachen, also Sicherung dagegen daß auf Grund des Besitzes nach dem Grundsatz „Hand wahre Hand" den polnischen Staat schädigende Verfügungen getroffen werden.

Hält man sich dies alles vor Augen, dann folgt: Der Prozeßrichter kann nicht etwa den Eigentumsanspruch eines Dritten unter Berufung darauf abtun, daß der Grundbuchrichter auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 den polnischen Staat als Eigentümer eingetragen habe. Es ist deshalb auch falsch, was man öfters in Urteilsbegründungen polnischer Gerichte findet: „Auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 ist der polnische Staat Eigentümer des streitigen Grundstücks geworden". Vielmehr hat der Prozeßrichter trotz der erfolgten Umschreibung auf Einwand noch zu prüfen, ob auch tatsächlich gemäß Art. 256 des Friedensvertrages das Eigentum am Streitobjekt auf den polnischen Staat übergegangen ist. Damit findet auch der zweite und dritte Fall seine gerechte Erledigung. Denn beim Zurückgehen auf den Art. 256 des Friedensvertrages erhellt, daß dieser Artikel, indem er von „Gut und Eigentum" des Deutschen Reiches usw. spricht, nicht den formaljuristischen Eigentumsbegriff des deutschen Sachenrechts im Auge hat, sondern das Eigentum im Sinne des Lebens, das Verhältnis der unbeschränkten Herrschaft einer Person über eine Sache. Und deshalb fällt das fiduziarische Eigentum bei Mittelstandsgrundstücken ebensowenig unter Art. 256 wie der Schwebezustand zwischen Auflassung und Eintragung.

Falsch ist nach diesen Darlegungen auch die Behauptung der Generalprokuratur, das Gesetz vom 14. Juli 1920 stelle eine verblümte authentische Auslegung des Art. 256 des Friedensvertrages dar. Angesehen davon, daß zur authentischen Auslegung eines Vertrages nicht als einzelner Mitkontrahent wie der polnische Staat berufen ist, sondern die Gesamtheit der Vertragsschließenden oder — wenn man den juristisch allerdings unerheblichen Diktatcharakter des Friedensvertrages berücksichtigt —, doch wenigstens die Diktierenden in ihrer Verbundenheit, müßte das Gesetz doch zum mindesten selbst als eine Interpretation des Friedensvertrages auftreten. Dies ist nicht der Fall. Es sichert lediglich die Ausführung des Friedensvertrages, führt ihn selbst aber nur indirekt aus. Die einleitenden Worte „Auf Grund des Friedensvertrages von Versailles" widersprechen dem durchaus nicht. Indirekt nimmt das Gesetz zu dem Art. 254 des Friedensvertrages allerdings Stellung, z. B. bezüglich des Stichtages, bezüglich des Personenkreises der Vorgänger, bezüglich der in Frage kommenden Objekte, aber doch nur in dem Sinne: Wir wollen uns dagegen sichern, daß von den uns bei der für uns denkbar günstigsten Auslegung des Friedensvertrages zufallenden Gegenständen auch nur einer durch Verfügungen Nichtberechtigten infolge des guten Glaubens des Grundbuches usw. etwa verloren geht. Daher ist der Rahmen in jeder Beziehung soweit wie möglich gesteckt. Was innerhalb dieses Rahmens tatsächlich auf Grund des Art. 256 des Friedensvertrages auf Polen als Nachfolgestaat übergeht, diese Frage entscheidet das Gesetz nicht.

Hoffen wir, daß diese Auffassung vom Gesetz vom 14. Juli 1920 auch bei den oberen Gerichtsinstanzen durchdringt. Sie allein vermeidet es, den Wortlaut des Gesetzes zu zwängen und zu pressen. Sie kennt keinen Widerstreit zwischen dem Gesetz vom 14. Juli 1920 und dem Friedensvertrag, sie hilft dem Richter aus dem Dilemma zwischen formalem Recht und Rechtsgefühl.

Sie allein auch kann den polnischen Gesetzgeber vor den Augen der Welt hinsichtlich seines gesetzgebenden Könnens und der gesetzgeberischen Ethik rechtfertigen. M.

Der letzte Akt von Cannes.

In der Donnerstagsitzung des Obersten Rates in Cannes sprach Rathenau in französischer Sprache. Er übersetzte seine Rede gleich Wort für Wort ins Englische. Er teilte mit, daß Deutschland am 15. Januar 75 Millionen und am 15. Februar 93 Millionen zahlen könne obwohl diese Zahlen die wirtschaftliche Lage sehr ungünstig beeinflussen müßten. Die deutsche Regierung sei weiter bereit, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzen in Ordnung zu bringen. Sie sei bereit die Steuern für 1921 und 1922 zu verdoppeln. Ob aber solche Maßnahmen zu dem gewünschten Ergebnis führen werden, sei zweifelhaft, da man immer wieder mit Schwankungen der deutschen Valuta rechnen müsse.

Loucheur reiste nach dieser Sitzung um 7 Uhr mit einem Teil der französischen Delegation nach Paris ab. Lloyd George wird am Montag abreisen.

Über das Ergebnis von Cannes schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung": „Es deutet alles darauf hin, daß Deutschlands Lage weder durch Cannes, noch durch die darauf folgende allgemeine Wirtschaftskonferenz wesentlich erleichtert werden wird."

Das internationale Syndikat.

Cannes, 13. Januar. Der Dienstagbeschluß des Obersten Rates über das internationale Syndikat lautet: Der Oberste Rat beschließt die Bildung eines internationalen Syndikats sowie der mit diesem verknüpften nationalen Syndikate, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in die Wege zu leiten und die Mitarbeit aller Nationen an der Wiederherstellung des früheren Wohlstandes sicherzustellen. Der Oberste Rat beschließt ferner, daß sofort ein Ausschuß gebildet werden soll, der sich aus zwei englischen, zwei französischen, einem italienischen, einem belgischen und einem japanischen Vertreter zusammensetzen soll. Diese Vertreter sollen mit Vollmachten versehen sein, die unerläßlich sind, um Beratungen mit Vertretern anderer Länder anzuknüpfen. Diese Beratungen sollen den Zweck haben: 1. Die Entwürfe besonders zu prüfen, 2. alle unerläßlichen vorläufigen Maßnahmen zu treffen, 3. die Organisation eines Zentralsyndikats und von Filialsyndikaten in die Wege zu leiten, so daß die Operationen dieser verschiedenen Organisationen so schnell wie möglich beginnen könnten, 4. über die auf der Konferenz in Genua erreichten Fortschritte Bericht zu erstatten, 5. sich an die interessierten Regierungen sowie an die Konferenz in Genua mit jeder Art von Vorschlägen zu wenden, die nach Meinung des Ausschusses geeignet sind, den Syndikaten und der Konferenz in Genua zu helfen. Die Regierungen, die im Obersten Rate vertreten sind, verpflichten sich, die Summe von 10 000 Pfund Sterling in gleichen Raten zu leisten. Diese Summe soll für den Bedarf des Organisationsausschusses bestimmt sein. Die betreffenden Regierungen verpflichten sich auch, dem Unterausschuß sowie dem Syndikat, wenn es organisiert sein wird, jedmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Um das Saargebiet.

Die Forderungen der Saardelegation.

Genf, 13. Januar. Das Mitglied der saarländischen Abordnung in Genf, Valentin Schäfer Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei des Saargebiets, gab dem Sonderberichterstatter von Wolffs Telegraphischem Bureau im Namen der Abordnung folgende Erklärung ab: „Unsere Abordnung ist von den großen politischen Parteien des Saargebiets und außerdem von sämtlichen Kreistagen und der Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken ernannt, d. h. als gewählte Volksvertretung des Saargebiets beim Völkerbund anerkannt und beauftragt worden, die Wünsche und Beschwerden der saarländischen Bevölkerung in Genf vorzubringen. Uns hat das Vertrauen zum Völkerbunde hierher geführt, der Wunsch, daß seine Grundsätze in vollstem Umfange im Saargebiet verwirklicht, daß vor allem aber die von der Regierungskommission verletzten Bestimmungen des Friedensvertrages geachtet werden. So verlangen wir in erster Linie die Entfernung der vertragswidrig fortdauernden Besetzung des Saargebiets durch das französische Militär, Achtung vor den bestehenden Gesetzen, die wirtschaftlichen Lebensbedingungen und unserer Muttersprache sowie vor dem Recht der freien Meinungsäußerung. Wir sind entschlossen, wie die ganze saarländische Bevölkerung, an diesen Forderungen festzuhalten. Darum sind wir auch trotz aller bisherigen Enttäuschungen wieder nach Genf gekommen in der Hoffnung, daß der Völkerbundsrat uns anhören werde. Vor allem erwarten wir, daß gerade er Verständnis für unsere Forderungen nach einer demokratischen Regierungsform, nach einer allgemein gewählten einheitlichen Volksvertretung haben wird, die dem paradoxen Zustande ein Ende macht, daß im Herzen Europas eine hoch entwickelte Bevölkerung ohne einheitliches Parlament, ohne Möglichkeit der Selbstverwaltung, nach mittelalterlicher autokratischer Methode regiert wird. Wie bescheiden wir sind, das sieht man daraus, daß wir uns nicht gegen die Regierungskommission auflehnen, sondern nur ein Mitvorschlagsrecht bei der Ernennung eines einzigen Mitgliedes der Regierungskommission, nämlich des saarländischen Mitgliedes, und von unserer Regierung selbst die Kenntnis unserer Muttersprache fordern. Gibt es in Europa noch ein einziges anderes Volk, das solche Wünsche überhaupt zu äußern braucht?"

Ablehnung des deutschen Protestes.

Basel, 13. Januar. Der Völkerbundsrat befaßte sich in seiner öffentlichen Vormittagssitzung am Mittwoch mit dem Protest der deutschen Regierung gegen die Schaffung einer besonderen Saarnationalität durch die Regierungskommission des Saargebietes. Der Vertreter Chinas Tang Tsai-fu, der in dieser Angelegenheit den Bericht zu erstatten hatte, wies darauf hin, daß die Saarregierungskommission auf Grund des Versailler Vertrages gezwungen gewesen sei, den Begriff des „Saarbewohners" genau zu umgrenzen, da der Vertrag für die Saarbewohner besondere Rechte und Pflichten vorsehe. Es liege infolgedessen für den Völkerbundsrat keine Veranlassung vor dem Protest der deutschen Regierung nachzugeben. Der Völkerbundsrat erklärte sich mit den Ausführungen des Berichterstatters einverstanden und wies den Protest der deutschen Regierung ab. Die Ablehnung erfolgte einstimmig und ohne Debatte.

Die Regierungskommission bleibt.

Saarbrücken, 13. Januar. Wie die saarländische Delegation meldet, hat der Völkerbundsrat in nichtöffentlicher Sitzung die vier Mitglieder der Regierungskommission, deren Mandate abgelaufen sind, auf ein weiteres Jahr bestätigt.

Das Programm für Genua.

Amtlich wird aus Cannes gemeldet: Der Oberste Rat hat sich über das Programm der Fragen geeinigt, die auf der Konferenz von Genua erörtert werden sollen:

Zweck und allgemeine Bedingungen.

Die bereits veröffentlichte Resolution vom 6. Januar 1922 legt die Gründe dar, die nach der einstimmigen Ansicht aller im Obersten Rat vertretenen Nationen eine gemeinsame Anstrengung aller europäischen Staaten notwendig machen, damit das wirtschaftliche Leben Europas wieder hergestellt wird und damit die Hindernisse, die im Augenblick diesem Ziele entgegenstehen, beseitigt werden. Die Resolution enthält die grundlegenden Bedingungen einer derartigen Anstrengung, zu denen in erster Linie die Anerkennung der öffentlichen Schulden durch die Länder und die Bewilligung von Kombinationen gehören. Ferner gehört dazu, daß Bestimmungen über das Finanz- und Währungswesen existieren, durch die dem Handel angemessene Garantien gegeben werden, und vor allem, daß Frieden zwischen den Nationen herrscht. Unter den Hauptzielen der Konferenz befindet sich die Prüfung der praktischen Maßnahmen, die notwendig sind, um diese Grundsätze zur Anwendung zu bringen.

Aufrechterhaltung des Friedens.

Die erste Bedingung, die von grundlegender Bedeutung für den Wiederaufbau Europas ist, besteht darin, die Beziehungen aller europäischen Nationen auf der Grundlage eines festen und dauerhaften Friedens zu errichten.

Finanzielle Fragen.

Die Konferenz wird sich gleichzeitig mit den finanziellen Zuständen, die der wirtschaftlichen Wiedergeburt Europas entgegenstehen, beschäftigen und Maßnahmen prüfen, die geeignet sind, sie zu erleichtern. Sie wird besonders die finanzielle Lage in den verschiedenen Ländern bezüglich der Arbeit des Wiederaufbaues prüfen, sowie die Kaufkraft des nationalen Geldes, die heftigen Schwankungen des Wechselkurses. Die Konferenz wird außerdem die Bedingungen prüfen, unter denen der öffentliche und der private Kredit in bester Weise für die Werke des Wiederaufbaues verfügbar gemacht werden kann.

Wirtschaftliche Fragen.

Das Interesse für die europäische Wiedergeburt ist ebenso wirtschaftlicher wie finanzieller Natur. Die Konferenz wird daher unter-

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(34. Fortsetzung.)

Ihre abgesonderte Lebensweise und die verschlossene Miene, mit der sie jede Annäherung von sich abwies, erfüllten ihn immer mit Scheu. Er liebte offene, gerade und entschlossene Menschen, mit denen man warm werden konnte und wußte, wie man daran war.

Toni sah in ihm nur den Bruder Justinas, die ihr unsympathisch war, und den Mareis, deren sonniges, verträumtes Wesen dem ihren fremd geblieben war.

Nun stand er da vor ihr und mutete ihr zu, wieder auszupacken, dazubleiben und die Kinder zu betreuen, weil seine Schwester krank geworden war.

Sie wußte nicht, sollte sie lachen über seine Naivität oder zornig auffahren. Ihre Miene wurde noch abweisender, als sie in diesen letzten Tagen schon gewesen war.

Und doch — er bat so beweglich und sah sie so treuherzig an.

Es war lange her, daß einer sie um etwas gebeten hatte oder gerade von ihr Hilfe in der Not erwartete . . .

Dann aber richtete sie sich entschlossen auf.

„Nein, Bastl, das geht nicht. Du weißt nicht, um was Du mich bittest! Hier bleiben — wo die Leute mit Fingern nach uns weisen, wo eins sich nicht einmal mehr traut, in die Kirche zu gehen aus Angst vor all dem Getuschel und all den Blicken."

„Muß ich das nicht auch ertragen? Und schau, Toni — mußt Du gerade dann in die Kirche gehen, wenn die ärgsten Tratschmäuler auf Dich lauern?"

„Willst mir das Beten auch noch nehmen?" fragte sie dumpf. „Beten ist das einzige, was einem bleibt in all dem Unglück! Anderen Trost gibt es nicht auf dieser unbarmherzigen Welt!"

Er setzte sich dicht neben sie.

„Schau, Toni, sagte er warm, „so mußt nicht reden! Gegen das Beten bin ich gewiß nicht. So ein richtiges Beten gibt schon Trost und richtet auf. Aber ich meine, man dürfte dabei nicht nach den Leuten rechts und links schielen, was die einen für Gesichter machen, sondern unbeirrt seinen Weg gehen. Der liebe Gott ist immer und überall bei dem, der ihn sucht, und wenn Du statt zum Hochamt zur Frühmesse gehst, wird Dich niemand mit Blicken belästigen. Unser Herr Pfarrer in Losendorf sagt, beten allein tut's nicht, man muß auch arbeiten und gute Werke tun, sonst fehlt dem Leben die richtige Freude. Wenn eins seine Pflicht tut und anderen hilft, wo es kann, das gibt auch Trost im Unglück! Jetzt ist's einmal so am Brintnerhof, daß jeder seinen Mann stellen muß. In Oberndorf brauchen sie Dich nicht. Ich aber brauche Dich hier wie einen Bissen Brot am Brintnerhof."

„Was geht mich der Brintnerhof noch an!" Bastl sah sie vorwurfsvoll an. Dann fuhr er ruhig fort: „Es ist Deines Bruders Eigentum, und seine Kinder leben darauf. Schau, Toni, diese armen Hascherl brauchen Dich jetzt — Dich und mich — denn sie sind so gut Deines Bruders Kinder, wie sie die Kinder meiner Schwester sind. Dem Andres zuliebe —"

„Rede mir nicht von Andres," unterbrach sie ihn heftig. „Er hat uns die Schande gebracht und . . . und mich kostet das mein Lebensglück!"

Er sah sie einen Augenblick lang betroffen an. Davon hatte er nichts geahnt, daß der „arme Spatz" wieder ein Nest hatte bauen wollen und das Unglück auch hier nun zerstörend eingriff.

„Hältst Du Andres denn für schuldig?" fragte er endlich beklommen.

„Ob schuldig oder nicht — andere halten ihn dafür und lassen's mich büßen."

„Das ist niederträchtig! Was kannst Du dafür . . ."

„Mein Gott, mit der Schwester eines Mörders mag ein Mann, der auf guten Ruf sieht, eben nichts mehr zu tun haben. Ob das schön oder niederträchtig ist, kommt jetzt nicht in Betracht. Mir aber verleidet's das Hiersein gründlich, das wirst Du jetzt wohl begreifen!"

„Nein!" brauste er auf. „Wegen so einem Haderlumpen . . . denn das ist kein braver Mann gewesen, Toni, — wegen dem ginge ich erst recht nicht fort an Deiner Stelle! Oder" — er sah ihr mitleidig ins Gesicht — „hast Du ihn so lieb gehabt, Toni, daß es Dich hart ankommt, ihm zu begegnen?"

Sie fuhr empor, und Haß und Verachtung loderten in ihren dunklen Augen.

„Lieb? Ich habe überhaupt noch nie einen Mann lieb gehabt. Aber geachtet habe ich ihn, wie früher meinen verstorbenen Mann, und an seine Rechtschaffenheit geglaubt! Jetzt — jetzt —" — ihr Gesicht verzerrte sich, und ihre beiden Hände umkrampften den Fenstergriff — jetzt bitte ich Gott auf den Knien, daß er ihn straft — hart und grausam straft — den Elenden!"

Bastl sah sie entsetzt an. Dann schüttelte er traurig den Kopf.

„Um so etwas — betest Du?" Dann war's freilich keine Liebe. Und ist kein gutes Beten, Toni! Aber ich glaub's Dir nicht einmal. Aus Dir spricht jetzt nur der Zorn, und den sollst Du gar nicht zu Worte kommen lassen, Toni! Er verdient's ja nicht, daß Du Dich ärgerst. Einer, der Dich verläßt im Unglück, an dem hast Du nichts verloren, und dem brauchst Du noch weniger aus dem Weg zu gehen. Ich an Deiner Stelle wäre zu stolz dazu. Ich würde lieber ihm und allen Leuten zeigen, daß ich mir nichts mehr mache aus ihrer Schlechtigkeit und mich all das Gerede nicht klein machen kann. Man muß doch die Zukunft abwarten. Schau, Toni, noch ist es ja gar nicht bewiesen, wer den Mord begangen hat, und Doktor Heimbacher sagt's auch: Es kann noch alles anders kommen als die Leute glauben . . ."

„Was sagt der Doktor?" fragte Toni ruhiger.

„Daß wir in der Stille selbst suchen sollen nach dem wahren Täter," sagte er leise. „Und ich will's. Aber dazu muß ich zu Hause freie Hand haben, Haus und Kinder unter ordentlicher Aufsicht wissen. Die Marei hätte mir das abgenommen. Jetzt mußt Du's tun!"

(Fortsetzung folgt.)

suchen, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden können, die sich gegenwärtig dem freien Austausch von Produkten der verschiedenen Länder entgegenstellen.

Die Verbesserung und Entwicklung des Transportsystems wird besonders aufmerksam untersucht werden. Von Fragen, die zweckmäßigerweise geprüft werden können, mögen erwähnt werden die Garantien, die der internationale Handel in der Gesetzgebung und den Bestimmungen betreffend die Handelsverträge in den verschiedenen Ländern finden muß, die Möglichkeit, besonders dazu geeigneten Ländern sachverständige und technische Hilfe zu geben, die Frage der Konsularagenten, der Schutz der Rechte, des industriellen, literarischen und künstlerischen Besitzes und Bestimmungen betreffend die Einreise und Niederlassungen von Ausländern, die Handelsgeschäfte vorzunehmen wünschen.

Um die Zulassung der Sowjetvertreter.

Paris, 13. Januar. Nach einer Meldung des „Petit Parisien" beschloß der Ministerrat einstimmig, daß es notwendig sei, die Frage der Zulassung eines Vertreters der Sowjetregierung zur Konferenz in Genua von einer Reihe formeller Verpflichtungen abhängig zu machen, besonders von der Verpflichtung der Anerkennung der russischen Schulden an Frankreich.

Verzögerung des Marineabkommens.

Washington 14. Januar. (Telunion.) In diesen Tagen haben sich neue technische Schwierigkeiten bei der Redaktion des Flottenabkommens ergeben. Staatssekretär Hughes vertritt die Auffassung, daß die namentlich aufzuführenden 68 Schiffe, die Großbritannien, die Union und Japan ausrangieren müssen, vollständig zu zerstören sind. Balfour möchte einen Teil der Schiffe nach ihrer Entwaffnung als Ausbildungsschiffe weiterverwendet wissen. Die Delegationen bezeichnen die in der Presse zum Ausdruck gebrachte Annahme, man suche die Fertigstellung des Flottenabkommens hinauszuzögern, um den Abschluß des Garantievertrages zwischen Frankreich und England abzuwarten, als unrichtig. Diese Annahme besitzt trotzdem eine gewisse Berechtigung, da der Abschluß des Garantievertrages voraussichtlich auch eine Abmachung zwischen England und Frankreich über den Bau der U-Boote enthalten werde und damit die Erledigung eines wichtigen Punktes des Konferenzprogramms gewährleistet werde.

Polnische Angelegenheiten im Völkerbundrat.

Die Donnerstagssitzung des Völkerbundrates war der Prüfung der polnisch Danziger Angelegenheiten gewidmet; Berichterstatter war Graf Ifzi.

In der Weichselfrage schlug der Graf den Versuch einer sofortigen Verständigung durch Schiedsspruch zwischen dem polnischen Delegierten Aszkenazy und dem Danziger Delegierten, dem Präsidenten Sahm vor; dieser Vorschlag wurde trotz des Widerstandes Sahms angenommen. Die Beratung über diese Angelegenheit zwischen Askenazy und Sahm sollte am Freitag stattfinden.

In der Frage des Hafens bezüglich der polnischen Schiffe schlug Ifzi vor, die Entscheidung bis zur nächsten Session des Rates zu vertagen. Der Delegierte Aszkenazy machte den Vorbehalt, daß er mit einer Vertagung der erwähnten Angelegenheit nur einverstanden sein könne unter der Bedingung, daß der Schutz der polnischen Schiffe, die sich gegenwärtig in Danzig befinden, bis zur nächsten Session sicher gestellt wird. Er forderte ebenfalls eine Sicherung aller Transporte, insbesondere aller Kriegs- und Munitionstransporte. Der polnische Delegierte führte zur Unterstützung seiner Ausführungen Beweise an, die er in einer von ihm niedergelegten Note in der Angelegenheit des Schiffes „Gania" erörterte. Hierbei betonte er das ratlose Verhalten der Danziger Regierung in dieser Frage. Aszkenazy legte ebenfalls Verwahrung gegen die Verknüpfung der Entscheidung in der Angelegenheit des Hafens durch den General Haking mit der Frage der Zusicherung eines ständigen Punktes für die Ausladung der polnischen Munition ein.

Der Rat beschloß, die gesamte Angelegenheit bis zur nächsten Session zu vertagen und zugleich die geforderten Rechte für die Schiffe und polnischen Transporte zu erteilen.

In der Frage der Danziger Senatoren legte der polnische Delegierte ein Schreiben nieder, das die beschleunigte Einführung der Danziger Verfassung fordert, um der polnischen Minderheit die ihr zustehenden Rechte zu sichern. Der Völkerbundrat trug Danzig auf, die genannte Beschleunigung durchzuführen.

Darauf wurden ohne Aussprache die Anträge des Grafen Ifhi über die Bestätigung des polnisch-Danziger Vertrages vom 24. Oktober 1921 in der Angelegenheit eines event. polnisch-Danzig-norwegischen Vertrages und die Vorschriften über die Erwerbung und den Verlust der Bürgerrechte angenommen. Die Entschließung über die Weichselfrage fiel am Freitag. Über die Minderheiten in Lettland und Litauen fanden am Freitag im Sekretariat des Völkerbundrates Beratungen zwischen dem polnischen Delegierten Aszkenazy und dem litauischen Delegierten Naruszewicz in Anwesenheit des lettischen Delegierten Walters statt.

Entscheidung des polnisch-litauischen Streits.

Genf, 13. Januar. Am Freitag vormittag um ½11 Uhr fand die letzte öffentliche Sitzung des Völkerbundrats statt, die dem polnisch-litauischen Streit gewidmet war. Seitens Litauens waren die Gesandten aus London, Paris, Bern, die Herren Naruszewicz, Milosz, Sidzikowski und der Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten Balutis und die Abgeordneten des Kowner Sejms Natkiewicz und der Priester Samulius anwesend. Polen war durch Aszkenazy vertreten.

Die litauische Delegation legte eine ausführliche Denkschrift vor, in der sie die Beibehaltung der Kontrollkommission und der neutralen Zone, die Ernennung eines Oberkommissars des Völkerbundes für das Wilnaer Gebiet, endlich die Absendung der ganzen umstrittenen Angelegenheit zur Entscheidung an den internationalen Gerichtshof forderte, bzw. vorschlug diese Angelegenheit durch Schiedsspruch zu regeln und den gegenwärtigen Wilnaer Sejm zu verurteilen.

Der polnische Delegierte Aszkenazy forderte in kurzer Ansprache die Ablehnung aller Forderungen Litauens und erklärte, daß das Verfahren im polnisch-litauischen Streit durch den Völkerbund endgültig beendet wurde. Aszkenazy dankte im Namen der polnischen Regierung dem Völkerbundrat für die geleistete Arbeit in dieser Frage und erneuerte die Versicherung über die friedlichen Intenzen der polnischen Regierung.

Der Völkerbundrat ging über die litauische Denkschrift zur Tagesordnung über und faßte einmütig folgende Entschließung:

1. Der Völkerbundrat stellt fest, daß das Verfahren der polnisch-litauischen Angelegenheit zu Ende geführt wurde.
2. Der Völkerbundrat beschließt endgültig, die Kontrollkommission spätestens im Verlaufe eines Monats abzuberufen.
3. Der Völkerbundrat nimmt die Versicherung der beteiligten Parteien bezüglich der friedlichen Tendenzen ihrer Regierungen zur Kenntnis. Im Falle, daß es nicht gelingen sollte, diplomatische und konsulare Beziehungen zwischen Polen und Litauen anzuknüpfen, empfiehlt der Völkerbundrat, den Schutz der gemeinsamen laufenden Angelegenheiten einem befreundeten Staate zu übertragen.
4. Der Völkerbundrat beschließt die neutrale Zone aufzuheben, mit dem Vorbehalt jedoch, daß die beiderseitigen Gebietsrechte von den beteiligten Parteien geachtet werden.
5. Die Angelegenheit des Wilnaer Sejms mit Stillschweigen übergehend, beschränkt sich der Völkerbundrat einzig auf die allgemeine Bemerkung, daß er eine einseitige Erledigung des Streites nicht anerkennen könne. Der Völkerbundrat stellt die Pflicht Kowno-Litauens fest, Verpflichtungen in der Angelegenheit des Schutzes der nationalen Minderheiten im Einvernehmen mit dem Vertrag über die nationalen Minderheiten zu übernehmen. Da es Pflicht des Völkerbundrates ist, sich mit dem Schicksal der Minderheit in Polen und Litauen zu befassen, erwartet er, daß im Falle der Notwendigkeit beide Parteien die Erlaubnis zur Absendung von Vertretern zur Einziehung der notwendigen Informationen an Ort und Stelle geben werden.

Genf, 13. Januar. In der Freitagsitzung des Völkerbundes wurden unter dem Vorsitz Hymans alle polnisch-litauischen Angelegenheiten in Verbindung mit den Noten der litauischen Regierung vom 28. November, 14. Dezember, 17., 18. und 24. Dezember geprüft. In diesen Noten verwarf die litauische Regierung die Vorschläge des Rates und erhob Anklagen gegen die polnische Regierung und die vorläufige Regierungskommission in Wilna. Die litauische Regierung legte ebenfalls Einspruch gegen die Einberufung des Wilnaer Sejms ein. Geprüft wurden auch die schriftlichen Antworten Polens auf die oben genannten Noten. Die litauischen Delegierten Naruszewicz und Milosz traten in längeren Ansprachen gegen den Wilnaer Sejm auf. Der Professor Aszkenazy gab eine kurze Antwort und vermied eine Aussprache in dieser Angelegenheit. Hymans hob vier Fragen hervor, die mit der Liquidierung des ganzen Streites durch den Völkerbundrat verknüpft sind und zwar: Die Aufhebung der militärischen Kontrollkommission, die Aufhebung der neutralen Zone, die Sicherung vor einem kriegerischen Konflikt zwischen beiden Parteien und endlich den Schutz der Mindheitsrechte. In der ersten Angelegenheit forderten die litauischen Delegierten die Beibehaltung der Kontrollkommission. Der polnische Delegierte forderte dagegen ihre Beseitigung. In der Frage der neutralen Zone sprachen sich die Litauer für die Beibehaltung aus. Der polnische Delegierte erklärte sich mit ihrer Aufhebung einverstanden und machte hierbei einen Unterschied zwischen dem Teil der Zone westlich von Oran, wo nach Ansicht des polnischen Delegierten die Linie vom 8. Dezember wieder hergestellt werden, und dem östlichen Teil, wo eine Berufung auf den Volkswillen erfolgen müßte. In jedem Falle wäre es gut, die Bahn Wilna—Grodno und Wilna—Dzwinsk in polnischen Händen zu belassen. Hierbei machte der polnische Delegierte verschiedene Vorbehalte über den Teil des Wilnaer Gebietes, der nördlich von der Zone und dem widerrechtlich durch Litauen besetzten Teil liegt. In der dritten Angelegenheit, der Sicherung vor einem kriegerischen Konflikt, gab der polnische Delegierte eine Erklärung ab, welche die Absicht der polnischen Regierung feststellt, weiter im Frieden mit der Kownoer Regierung zu leben. In der Angelegenheit der nationalen Minderheiten lehnte der polnische Delegierte alle Vorwürfe ab.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Beuthen, 14. Januar. Die deutsch-polnischen Vorverhandlungen in Oberschlesien nähern sich ihrem Abschluß. Die entscheidenden Abmachungen werden erst im Februar in Genf getroffen werden. In einer Reihe von Fragen konnte eine grundsätzliche Einigung zwischen der deutschen und polnischen Delegation erzielt werden. Von größter Bedeutung werden die Abmachungen über die Währungsfrage sein, da die deutsche Währung zwar in Polnisch-Oberschlesien als einzig gesetzliches Zahlungsmittel für 15 Jahre durch das Genfer Diktat festgelegt wird, aber die Gefahr eines Abflusses deutscher Geldscheine durch das Loch im Osten nach Polen unbedingt beseitigt werden muß. Die Polen stellen die Forderung nach einer Kontrolle der Kattowitzer Reichsbankstelle, während auf deutscher Seite darauf hingewiesen wird, daß eine befriedigende Verständigung unter Mitwirkung der deutschen Großbanken auch ohne Inanspruchnahme der Reichsbank zu erreichen sein wird.

Berlin, 14. Januar. Die Regierung hat den früheren Außenminister Dr. Simons zum Vorsitzenden des Unterausschusses ernannt, der sich namentlich mit den völkerrechtlichen Fragen zu befassen hat, die sich aus der Genfer Entscheidung über Oberschlesien ergeben. Dr. Simons wird alsbald nach Oberschlesien abreisen.

Der Stand der Finanzen in Polen.

Warschau, 14. Jan. In der gestrigen Sitzung der Finanzbudgetkommission erstattete der Finanzminister einen Bericht über verschiedene Angelegenheiten der Finanzwirtschaft Polens. Vor allen Dingen stellte der Minister fest, daß sich die Belastung der Polnischen Landesdarlehnskasse verringert, was dem Anwachsen der Steuereinkünfte, die im ersten Vierteljahr 1921 4 Milliarden, im zweiten 8 Milliarden, im dritten 15 Milliarden und im vierten 20 Milliarden betrugen, zuzuschreiben ist. Ungefähr 25 v. H. der Gesamtemission an Banknoten wurde zum Kredit für die Produktion benutzt. Als Deckung der Emission besitzt die Polnische Darlehnskasse Goldmünzen, Silbermünzen und fremde Devisen. Nach Besprechungen des Ministers befinden sich ungefähr 191½ Milliarden Mark ohne Deckung im Umlauf. Jedoch ist darin nicht eingerechnet eine große Zahl von Gaben für den Nationalschatz, sowie von Goldbeträgen, die Polen von der früheren österreichisch-ungarischen Bank erhalten soll, und das Gold, das von den Sowjets gemäß dem Rigaer Vertrage zu zahlen ist. Aus Sparrücksichten wurden 215 Beamte, die sich auf Auslandsposten befanden, entlassen, wodurch ungefähr eine Milliarde erübrigt wurde. In militärischen und landwirtschaftlichen Ämtern wurden ungefähr 250 Millionen erspart. Unabhängig davon sind einige tausend Stellungen in Wojewodschaften und anderen Ämtern eingezogen worden, eine Tatsache, deren Wirkung noch nicht feststeht. Die Staatsschuld im Innern des Landes beträgt 15 Milliarden Mark. Die Auslandsschulden wird der Minister am Ende des Monats angeben.

Die polnischen Beamtengehälter.

Warschau, 14. Jan. Der Ministerpräsident Ponikowski empfing gestern eine Abordnung von Staatsbeamten. Diese bat um die Antwort der Regierung auf die seinerzeit verfaßte Denkschrift, welche die Erhöhung der Beamtengehälter betraf. Der Ministerpräsident versprach, die Antwort in einer Woche zu geben. Diese Angelegenheit wird in der nächsten Ministerratssitzung besprochen werden.

Die Bolschewisten in Sibirien.

Riga, 13. Januar. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist die Lage der Bolschewisten in Sibirien geradezu katastrophal. Die Sowjetbeamten und -Arbeiter erhalten schon seit längerer Zeit nicht mehr ihre Rationen. Auch das Militär hat nichts mehr zu essen, da aus Moskau schon seit langer Zeit keine Geldsendungen einlaufen.

Helsingfors, 13. Januar. Der Bauernaufstand in den Gouvernements Tobolsk und Jenissejsk im Altaigebiet hat den Charakter eines organisierten Krieges angenommen. Die Bemühungen der Sowjetregierung, mit Japan und China ein Einverständnis zu erreichen, sind fruchtlos geblieben. Die bolschewistische Bewegung in Czyca steht am Vorabend ihrer Liquidation. Die antibolschewistische Stimmung wächst nicht nur unter den Bauern, sondern auch unter den Arbeitern. Die Republik des fernen Ostens ist gegenwärtig fast ohne Militär. Auch macht sich ein vollkommener Geldmangel bemerkbar. In Westsibirien hat die Tscherezwyczajka eine ganze Reihe von antibolschewistischen Verschwörungen aufgedeckt. Im Zusammenhang damit wurden in Omsk und Nowo-Nikolajewsk zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es laufen Nachrichten ein, die melden, daß der bolschewistische Terror im Wachsen begriffen ist. An der Spitze der sibirischen Tscherezwyczajka steht der bekannte Segal.

Berliner Pressestimmen zur Hermes-Rede.

Zu der Steuerrede des deutschen Reichsfinanzministers liegt jetzt eine Anzahl von Äußerungen der Berliner Presse vor, von denen wir folgende im Auszug wiedergeben.

Die „Zeit" schreibt: „Mit dem ersten Versuch, die Steuerarbeit zu beschleunigen, hat die Regierung nicht viel Erfolg gehabt. Der Stein des Anstoßes ist die Sozialdemokratie, die Regierungspartei." — Der „Vorwärts" betont: „Die Rede des nebenamtlichen Reichsfinanzministers zeigt deutlich das Bestreben, neue Vermögenssteuern, vor allem die Erfassung der Sachwerte, abzubiegen. Die sozialistischen Parteien werden danach ihre Politik einrichten müssen." — Die „Tägliche Rundschau" sagt: „Man wird gut tun, aus der augenblicklichen Lage nicht allzu weitgehende koalitionspolitische Forderungen zu ziehen. Jedenfalls ist die Auffassung, daß nun die große Koalition ad infinitum vertagt sei, nicht richtig." — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet über den Stand der Parteien: „Es kann heute schon als ausgeschlossen gelten, daß von diesen Parteien irgendeine ihre Hand zur Erfassung der sogenannten Sach- und Goldwerte bieten wird." Das Blatt legt größten Nachdruck darauf, daß man zunächst von allen äußeren Möglichkeiten absieht und eine strenge Finanzwirtschaft im Innern durchführt. „Sollte sich die Sozialdemokratie einem Steuerkompromiß ernstlich widersetzen, so bliebe für die Regierung vielleicht die Lösung denkbar, ihre Steuervorlagen mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien gegen die gesamte Linke durchzubringen. Soweit wir unterrichtet zu sein glauben, geht aber das allseitige Bestreben dahin, diesen Konflikt nach Möglichkeit zu vermeiden." — Die „Germania" weist darauf hin, daß ein Kompromiß über die starke Besteuerung des Besitzes noch nicht zustande gekommen ist, betont aber: „Wir haben einstweilen zu den Parteien noch das Vertrauen, daß sie im Interesse des Volksganzen sich ausschließlich leiten lassen von den großen politischen Gesichtspunkten, die eine Verabschiedung der Steuervorlage dringend erforderlich machen." — Die „Kreuzzeitung" beschäftigt sich ausschließlich mit dem Ausbleiben von amtlichen Informationen über Cannes. Das Zentrum, die Demokratie und die Sozialdemokratie verteidigen die unverantwortliche Geheimdiplomatie der Regierung und lassen sich gehorsam nach Hause schicken. Für sie gibt es offenbar keine Lebensfrage des deutschen Volkes, deren Lösung man dem Paar Wirth-Rathenau nicht sorglos überlassen könnte. Das Volk in seiner übergroßen Mehrheit, darüber besteht gar kein Zweifel, denkt anders. — Auch die „Deutsche Tageszeitung" wendet sich bezüglich Cannes gegen die Ausschaltung des Reichstages und die Tyrannei Wirths. Die „Rote Fahne" überschreibt ihren Bericht: „Die Regierung für gesteigerte Massenausplünderung".

Politische Tagesneuigkeiten.

Optionsschluß im Hultschiner Ländchen. Die Optionsfrist im Hultschiner Ländchen ist zu Ende. Das Recht für die deutsche Staatsbürgerschaft zu optieren, wurde in vielen Fällen in Anspruch genommen. Die betreffenden Personen sollen binnen einem Jahre aus dem tschechischen Gebiet auswandern, doch hält man es für wahrscheinlich, daß über eine Verlängerung dieser Frist verhandelt wird.

Zurückziehung englischer Truppen aus Irland. Das englische Kabinett hat beschlossen, die englischen Truppen sofort aus Irland zurückzuziehen.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes in Slowakei wurde vom Prager Ministerium beschlossen.

Deutsches Reich.

** **Etats des preußischen Staatsrats.** Für den preußischen Staatsrat ist im neuen preußischen Staatshaushalt für 1922 beim Etat des Ministeriums des Innern ein besonderer Etat aufgestellt, der 2 268 543 M. anfordert. Davon sind 1 671 000 M. Aufwandsentschädigungen der Mitglieder, 150 918 M. Beamtengehälter, 446 000 M. persönliche und sachliche Ausgaben.

** **Nur schriftliche Antwort auf kleine Anfragen.** Der preußische Landtag wird in Zukunft kleine Anfragen nur noch schriftlich beantworten lassen. Hierdurch entstehen zwar erhöhte Druckkosten, auf der anderen Seite bildet aber die Nichtentsendung von Regierungsvertretern zur mündlichen Beantwortung und die Entlastung der Plenarverhandlungen von den Anfragen einen Vorteil.

** **Verbot öffentlicher Karnevalsveranstaltungen in Preußen.** Wie bekannt, werden auch in diesem Jahre im besetzten westlichen Gebiet keine karnevalistischen Veranstaltungen stattfinden. Indes wird sich aus diesem Anlaß das Gefühl der Zurücksetzung der von dem Verbot betroffenen Rheinländer nicht bemächtigen können, denn wie die Telegraphen-Union hört, hat sich die preußische Staatsregierung entschlossen, die sämtlichen Regierungspräsidenten des Landes anzuweisen, durch gleichlautende Polizeiverordnungen überall die Veranstaltung öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstiger karnevalistischer Veranstaltungen unter freiem Himmel, die Veranstaltung öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, Vorträge und Tanzlustbarkeiten in geschlossenen Räumen sowie endlich auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen und bei öffentlichen Veranstaltungen und Versammlungen, das Tragen karnevalistischer Verkleidungen und Abzeichen, das Singen, Spielen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge und das Werfen von Luftschlangen und dergl. zu verbieten. Gleichzeitig hat die preußische Staatsregierung auch die übrigen Landesregierungen gebeten, für ihre Gebiete eine entsprechende Regelung zu treffen. Dagegen sollen Kostümfeste, z. B. die sog. Alpenbälle, die seit Jahrzehnten regelmäßig in jedem Winter in Berlin und anderen größeren Städten abgehalten werden, durch das erwähnte Verbot nicht betroffen werden.

Republik Polen.

† **Vom Ministerrat.** In der Donnerstagsitzung hat der Ministerrat den Bericht des Außenministers über die Stellung, welche die Wilnaer Frage in der internationalen Politik einnimmt, entgegengenommen. Alsdann wurde über eine Berichterstattung des Chefs des Ministeriums für Handel und Gewerbe betreffs der Handelsbeziehungen mit den angrenzenden Staaten diskutiert. Nach der Aussprache wurde beschlossen, das dentistische Amt dem Ministerium für Kultus und Unterricht zu unterstellen. Ferner wurde die Erklärung des Magistrats der Stadt Warschau bezüglich der Wirtschaft der Stadt zur Kenntnis genommen. Dann nahm der Ministerrat folgendes an: Einen Erneuerungsentwurf zum Disziplinargesetz für Rechtsanwälte und Rechtskandidaten im ehemals österreichischen Teilgebiet; ferner einen Antrag, die Gemeinde Dokitna dem Lemberger Kreise einzuverleiben, und einen Gesetzentwurf über die grundsätzlichen Rechte und Pflichten der Fähnriche im polnischen Heere.

Freistaat Danzig.

*† **Befugnisse des Danziger Hafenausschusses.** Der Danziger Hafenausschuß hat unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Obersten de Reynier, eine Entscheidung getroffen, in der es heißt: „Der Hafenausschuß soll versuchen, mit den Danziger Behörden einen Vertrag abzuschließen zu dem Zwecke, daß unter seinem unmittelbaren Befehl und zu seiner Verfügung eine von der Polizei der Freien Stadt beauftragte Polizeikörperschaft besonders für den Hafen bestimmt wird. Der Hafenausschuß muß ferner, um die Aufgabe der Leitung, Verwaltung und Ausnützung zu erfüllen und Polen den freien Gebrauch und die Benutzung des Hafens sowie der Verkehrswege entsprechend den Bestimmungen der Konvention sicherzustellen, das Recht haben, für das ihm anvertraute Gebiet Polizeiverordnungen zu erlassen." Der Senat der Freien Stadt Danzig hat gegen diesen Berufung beim Oberkommissar des Völkerbundes eingelegt, da er der Ansicht ist, daß dieser Beschluß dem Hafenausschuß eine Stellung verleiht, die er nach den Bestimmungen der Konvention einzunehmen nicht berechtigt ist und die die anerkannte Staatshoheit der Freien Stadt beeinträchtigen würde.

Heinz

Die glückliche Geburt eines
strammen Jungen
zeigen hocherfreut an [4767

Alfred Ostermann und Frau **Frieda,**
geb. Praeger

Posen, den 13. Januar 1922.

Nachruf!

Nach einem Leben voll rastloser Arbeit und Mühe, fern dem Lande wo in jahrzehntelangem Schaffen sein Lebenswerk entstand, treusorgend für seine Lieben um ihnen ein neues Heim in seiner alten Heimat zu suchen, entriß uns der Tod dort nach kurzem Krankenlager am 29. Dezember 1921 meinen unvergeßlichen lieben Mann unsern guten, teuren Vater, Schwiegervater und Großvater, den

Ansiedler

Franz Kluge

im 64. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
4746] **Meta Kluge, geb. Kühn, nebst Kindern.**

Gabersdorf, Altkloster, den 12. Januar 1922.

Die Beisetzung fand in seiner alten Heimat statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden beim Tode meiner Frau sage ich hiermit allen Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Büchner für die trostreichen Worte meinen **herzlichsten Dank.** [4768

Karl Dobschall.

Zahn-Atelier
W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. [2059b

Sofort
lieferbar:

Huf-Eisen, Nägel
Original Leonhard'sche **H-Stollen**
Schmiede-Schleifsteine.

Woldemar Günter
Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel,
4751] **Fette und Oele,**
Poznań, ulica Sew. Mielżyńskiego (früher Viktoriastraße) Nr. 6. Telephon 52-25.

Güter
und
Wirtschaften

für Amerikaner sofort gesucht. Offerten mit genauer Beschreibung und Preisangabe erbittet

P. Rutkowski,
Poznań,
ulica Głogowska 51 (Nähe des Hauptbahnhofs),
Eingang ulica Śniadeckich 1, II. Etg.



Zahle für Hasenfelle bis 750 M.
Steinmarderfelle bis 32000 „
Pferdeschwanzhaare bis 850 „

Kallmannsohn, Poznań, św. Marcin 32 und 34.
Am Sonntag zu sprechen in der Privatwohnung Garncarska 3, parterre rechts.

Poznańska Fabryka Sukna
T. z o. p.
in **Naramowice b. Poznań**

die einzige vollständige **Tuchfabrik** der Prov. Posen, bestehend aus
Wollwäscherei, Färberei, Spinnerei, Weberei und Appretur

empfiehlt der geehrten Kundschaft ihre **reinwollenen Stoffe;**
ausserdem wird **Wolle zum Waschen, Färben, Spinnen, Weben und Appretieren** in Lohn angenommen; kleinere Posten Wolle werden an Ort und Stelle in **Strickgarne** oder **fertige Ware** umgetauscht. [4640

Achtung!
[4721

Gutsbesitzer, Landwirte u. sämtliche Grundbesitzer!

Wer seine Besitzung schnell und gut **verkaufen** will, wende sich mit Angabe des vollen Inventars und des Preises an das **Agentur-Bureau für An- und Verkauf von Grundstücken.** Schnellste und reelle Bedienung. Regulierung auf Wunsch in Deutschl. od. Danzig.

Agentur M. Myszkowski
Poznań, ul. Półwiejska 4, Hof parterre.

Günstig für Landwirte!

Suche 200 bis 1000 Morgen große **Güter sofort zu kaufen.** Bezahlung erfolgt in Deutschland. Off. mit Beschreibung u. Preisang. z. richt. an **Kaczor, Strzelkowo,** ulica Nowa 4.

Mein Hausgrundstück
mit Garten

(in Kreisstadt der Wojewodschaft Poznań) mit der von mir 1889 gegründeten **Maschinenbau- und Reparaturwerkstatt mit Motorbetrieb, der einzigen am Ort, mit sämtlichen Werkzeugen und Werkzeugmaschinen** sowie Vorräten, mit **großer, sehr guter Kundschaft,** beabsichtige ich wegen Alters und Kränklichkeit **zu verkaufen.** Gef. Angebote unter **R. F. 4745** an die Geschäftsst. d. Bl.

Teppiche, Klaviere, Möbel, antike Sachen aller Art kauft sofort der Kasse **P. Jakubiak,** Altwaren-Geschäft, ulica **Wrocławska 20.** Teleph. **3749.** (4673

Kaufe gediegenes eichenes dunkles Eßzimmer und elektr. Krone.
Off. m. genauer Preisang. u. **G. H. 4738** a. d. Geschst. d. Bl.

Wohnung.
2 bis 3 Zimmer **z. Kauf. gesucht.** Offerten mit Preis unt. **4741** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Müller's Akkord-Zither „Erato" zu kaufen gesucht.
Fr. Enderich, Wolsztyn.

Nüsse
kaufen jedes Quantum
Gebrüder Miethe,
Konsitürenfabrik, Poznań
Gwarna 8. [4755

Landwirtschaft,
275 Morgen, wird an Selbstkäufer sofort verkauft. Offert. unter **R. G. 4617** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Verkaufe sof. m. 100 Mrg. **große Landwirtschaft** guter Mittelboden, neue Gebäude, totes u. leb. Inv. reichlich. Ang. u. **H. C. 4753** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Lagermetalle.
in verschiedensten Legierungen preiswert vom Vorrat lieferbar.
Sendschewer i Ska.
T. z o. p.
Bydgoszcz, Tel. 431.

Billig
verk. 9 Bände Herders-Konversationslexikon, Fabrikstraße 13, pr. r.

3000 Kilogramm
Speiseröl
verkauft
Oelmühle Stuchay, Golub, Pommerellen.

Gebrauchte, f. neu. z. verk. **Balwinski, Pomorska 34.**

Spielplan des „TEATR WIELKI" m. Poznania

Sonnabend,	den 14. 1. 22 um 7½ Uhr: **„Aida"**, Oper von Verdi.
Sonntag,	den 15. 1. 22 um 3 Uhr nachm.: **„Halka"**, Oper von St. Moniuszko.
Sonntag,	den 15. 1. 22 um 7½ Uhr abends: **„Tiefland"**, Oper von Eug. d'Albert.

Evgl. Vereinshaus.

Sonntag, 22. Januar, ½8 Uhr

Heiterer Abend
Scherz, Satire, Ernst, Komik und Parodie.

Kunterbuntes Durcheinander in **neuer Auswahl**

Paul Hilbig-Edelhof

Berliner Presse vom Oktober 1920: ... ein sehr genußreicher Abend ... vielseitiger als Senff-Georgi ... ein Konkurrent für Plaut.

Karten zu 575, 460, 345 und 230 Mk. in der Musikalienhandlung W. Górski (vorm. Bote & Bock) und an der Abendkasse. [4760

Schroda
Montag, den 16. Januar, nachm. 6½ Uhr
im Gasthaus Schneider

Hans-Sachs-Abend

Lustige altdeutsche Spiele
Das Kälberbrüten, Der Schüler im Paradeis
u. a.

Anschließend geselliges Beisammensein und Tanz.

Möbel-Transporte
jeder Art, Stadtumzüge, An- und Abfuhr von Waggonladungen, Kohle, Koks, Holz, Torf usw., Gespanngestellung übernimmt
„BRITANNIA"
Inh. Georg Prügel
ul. Fortezna 41 Tel. 1677.

Wer erteilt einem Herrn **Tanzunterricht?** Off. bitte unter **M. 4744** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zwei lustige, hübsche Mädels
bl. u. br. (19), (20), Deutsche u. Polin, Moneten fehlen, dafür aber steinreiche Herzen, suchen reiche Kavaliere, zwecks späterer Heirat. Off. m. Bild unter 4739 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Gebildete junge Dame wirtschaftl., musikal. u. vermögend, s. auf diesem nicht mehr ungew. Wege die Bekanntschaft eines vornehmen Herrn in Briefwechsel zu treten **zwecks sp. Heirat.** Offerten unter **C. R. 4693** an die Geschäftsst. d. Blat es.

Welch. Auswanderer
würde am 27. d. Mts. **nach Magdeburg od. bis Berlin** zu verlad.? Gefl. Ang. u. **M. B. 4764** a. d. Geschft. d. Bl.

Geschäfts- u. Zinshaus
in **Brieg,** Bez. Breslau ist zu verkaufen. Ang. u. **P. M. 4713** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Achtung!
Habe einen wenig gebrauchten
Nivellier-Apparat
günstig zu verkaufen. Gefl. Angebote im Umschlag mit Preisangabe erbitte [4722
Kessler, Administrator,
Lubczyna b. Wyszanów.

Fensterglas
in allen Sorten,
Glaserkitt,
Glaserdiamanten,
Bilderleisten
liefert **E. Zippert, Gniezno.**

Zitronen
verkauft billigst
W. Blanck,
Majtolerała 7, Tel. 3416

PALACOWY Teatr
plac Wolności Nr. 6.

Fern Andra
im ostindischen Circusdrama
„Saferndri".
in 6 Akten.

Zahn-Praxis
Oskar Schmidtke,
Aleje Marcinkowskiego 16,
Ecke św. Marcin. [2 70b

Friseurgroßhandlung
St. Wenzlik,
Poznań, 19 Aleje Marcinkowskiego **19**
empfiehlt: [4019
Parfümerien, Bürsten, Kämme, Haarnetze, Spiegel usw., sowie **Perückenmacher-Artikel.**

Suchen Sie Käufer auf Ihr Gut, Landwirtschaft, Hausgrundstück, Hotel, Geschäft usw., dann wenden Sie sich vertrauensvoll an die gerichtl. eingetr. offene Handelsgesellschaft **von Neyman & Co.,** Zentrale: Poznań I, Piekary 5. Tel. 3975.

Mittagessen
12 bis 6 Uhr
Abendessen 6 bis 11 Uhr
schmackh. reichl. preisw.
Speisehaus **E. Buchmann**
Górna Wilda 119
Haltestelle Linie 2.

„Danina"
erteilt Herren Steuerpflichtigen Auskunft und Rat in Steuersachen, übernimmt die Vertretung in allen Steuer-angelegenheiten. — Sprechst. nur vorm. von 9—12 Uhr. Tel. 6415. Steuerauskunft, Poznań, ulica Mielżyńskiego 8.

Wahrhaftigkeit.

Der Verkehr der Menschen untereinander muß sich auf gegenseitiges Vertrauen aufbauen, wenn er sich erträglich gestalten soll. Nichts aber erschwert das Vertrauen zu einem Menschen mehr, als wenn man sich auf seine Wahrhaftigkeit nicht verlassen kann. Wenn ich bei einem Menschen den Eindruck habe: er macht bloß Redensarten, er hält sein Wort nicht, oder gar er belügt und betrügt mich absichtlich, so kann ich mir mit einem solchen Menschen einen unbefangenen Verkehr nicht denken; das Mißtrauen gegen ihn würde mich auf Schritt und Tritt begleiten: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht!" Darum hat Jesus von seinen Jüngern volle Wahrhaftigkeit gefordert. Er verwirft das Schwören nicht nur in bestimmten Formen, sondern überhaupt, er fordert die Einlösung eines einmal gegebenen Wortes: das Ja seiner Jünger soll keine Umschreibung für ein im Stillen gemeintes Nein und ihr Nein kein halbes Ja sein; „Eure Rede aber sei: Ja, ja, nein, nein." Alles drum und dran, mit dem ein Mensch sein Ja und Nein umkleidet, um jenem die unbedingte Verbindlichkeit zu nehmen und diesem die Schärfe, taugt nichts. Robert Reinicks „Deutscher Rat" ist auch Jesu christlicher Rat: „Vor allem eins, mein Kind, sei treu und wahr, laß nie die Lüge Deinen Mund entweihn."

Die Wahrheit ist in der Welt selten geworden. Lug und Trug herrschen weithin. So soll sie wenigstens unter den Jüngern des Herrn ihren Platz haben, der von sich sagen konnte: „Ich bin die Wahrheit — ich bin dazu geboren und in die Welt gekommen, daß ich die Wahrheit zeugen soll," und in dessen Munde kein Betrug erfunden worden ist. Die Pflicht der Wahrhaftigkeit ist ja zugleich eine Liebespflicht; denn es ist immer ein Mangel an Liebe und Brüderlichkeit, wenn ich einen Menschen belüge und ihn darum in einen Irrtum setze. Darum faßt Paulus beides zusammen, wenn er von einem „Wahrsein in der Liebe" spricht und die Epheser ermahnt: „Leget die Lüge ab und redet die Wahrheit, ein jeglicher mit seinem Nächsten, sintemal wir untereinander Glieder sind."

D. Blau-Posen.

Das Danina-Gesetz.

(Gesetz vom 16. Dezember 1921 über die Erhebung einer außerordentlichen staatlichen Abgabe.)

(Fortsetzung.)

Grundlage der Berechnung und Höhe der Abgabe.

Art. 4. Die Abgabe, die auf die Personen entfällt, die im Art. 2 I aufgeführt sind, berechnet sich durch Multiplizierung jeder ihm für das Jahr 1921 veranlagten Gebühr der ganzjährigen Staatssteuer durch folgende Multiplikatoren:

A. und B. nur für die anderen Gebietsteile.

C. für den fr. preuß. Anteil:

a) Für die Grundsteuer, die als Grundlage zur Berechnung der Selbstverwaltungsabgabe dient:

für die Grundsteuerzahler, die eine Abgabe unter 110 M. zahlen	420)
für die Grundsteuerzahler, die eine Abgabe von 110 bis 220 M. zahlen	4600
für die Grundsteuerzahler, die eine Abgabe über 220 M. zahlen	5300

b) Für die Gebäudesteuer, die als Grundlage zur Berechnung der Selbstverwaltungszuschläge dient 100

c) Für die Gewerbesteuer, die als Grundlage zur Berechnung der Selbstverwaltungszuschläge dient:

1. Für Handelsunternehmen, nicht ausgeschlossen die unter P. 3. genannten:

in der ersten Steuerkategorie	1500
„ „ zweiten „	1000
„ „ dritten „	750
„ „ vierten „	500

2. Für Industrieunternehmen:

in der ersten Steuerkategorie	1000
„ „ zweiten „	750
„ „ dritten „	500
„ „ vierten „	400

3. Für Handelsunternehmen, die einer Ausschanksteuer unterliegen:

in der ersten Steuerkategorie	5000
„ „ zweiten „	3000
„ „ dritten „	2000
„ „ vierten „ sowie für Unternehmen, die von der Gewerbesteuer befreit sind, aber eine Ausschanksteuer zahlen . . .	1000

Auf die auf Grund obiger Faktoren berechneten Abgabenbeträge wird der in Teil B c dieses Artikels enthaltene Vorbehalt angewandt. (Nicht für den ehem. preußischen Anteil gültig.)

Die Einteilung der Ortschaften im früher preußischen Teilgebiet in Klassen ist in dem Anhang Nr. 2 enthalten. Der niedrigsten Abgabe, die auf Grund des vorigen Absatzes berechnet wurde, unterliegen auch diejenigen Unternehmen, die im Jahre 1920 auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 von der Gewerbesteuer befreit waren.

d) für Hausierhandel . . . . 500.

Art. 5. Für diejenigen Personen, für die die unter C c 1 und 2 des Art. 4 genannten Steuern zum ersten Mal für das Jahr 1921 veranlagt wurden, wird die außerordentliche staatliche Abgabe berechnet durch Multiplikation der Steuergebühren für dieses Jahr mit Multiplikatoren, die in Teil A d des Art. 4 festgelegt sind, soweit es sich um das früher russische Teilgebiet handelt, und mit dem sechsten Teil der Multiplikatoren, die in Teil B c und C c 1 und 2 des Art. 4 genannt sind, soweit es sich um das früher österreichische bzw. preußische Teilgebiet handelt.

Art. 6 betrifft nur den früher russischen Anteil.

Art. 7. Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf die in Art. 2 Teil II genannten Personen entfällt, wird von Handels- und Bankunternehmen, die vor dem 1. Januar 1920 entstanden sind, in der Höhe von 15 Proz. vom Anlagekapital (Aktien, Anteile, Beiträge usw.) sowie Beständen und Reserven nach dem Stand am Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes berechnet; bei allen anderen aber beträgt die Abgabe 10 Proz. dieser Kapitalien. Sofern aber die genannten Personen Immobilien, Maschinen, Produktionsgeräte oder Patente besitzen, die vor dem Jahre 1920 erworben wurden, dann muß der Kaufwert dieser Gegenstände zwecks Bestimmung der Berechnungsgrundlage für die außerordentliche staatliche Abgabe umgewertet werden, indem man ihn mit folgenden Faktoren multipliziert:

a) wenn der Kauf vor dem 1. Januar 1916 erfolgte, mit 20;

b) wenn der Kauf in der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. Dezember 1918 erfolgte, mit 10;

c) wenn der Kauf im Jahre 1919 erfolgte, mit 5.

Die Bestimmungen des vorigen Absatzes werden auch auf Kapitalien angewandt, die schon mit Einwilligung des Finanzministers auf andere Valuta umgewertet wurden.

Das Gründungskapital von Unternehmen, die juristischen Personen gehören, deren Verwaltung sich außerhalb des Gebietes der Republik befinden, wird nach den Vorschriften bestimmt, die im letzten Teil des Art. 21 des Gesetzes vom 8. Juli 1920 über die staatliche Vermögens- und Einkommensteuer (Dz. Ustaw R. P. Nr. 82, Pos. 550) enthalten sind, indem analog die Vorschriften des ersten und zweiten Absatzes dieses Artikels angewandt werden.

Art. 8. Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf Personen entfällt, die in Art. 2, Teil III genannt sind, wird berechnet:

1. Für Nutznießer, die den Grund umsonst benützen, in der Höhe, die in Art. 4 A a, B a, C a und im Art. 6 bestimmt ist, sofern der Grundbesitz mit Grundsteuer belastet ist.
2. In Höhe der durchschnittlichen Belastung der Grundstücke mit der Abgabe, die sich in derselben oder Nachbargemeinde oder Dorfe befinden, soweit das Grundstück nicht mit der Grundsteuer belastet ist.
3. Für andere Nutznießer und Pächter in der Höhe, die in Art. 35 bestimmt ist, und zwar so, daß als Grundlage der Berechnung derjenige Betrag der außerordentlichen staatlichen Abgabe genommen wird, der im Sinne des Punktes 1 bzw. des Punktes 2 des ersten Teiles dieses Gesetzes auf sie entfallen würde.

Art. 9. Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf Personen entfällt, die in Art. 2, Teil IV, genannt sind, wird in Höhe der zweifachen Grundmiete berechnet, die für das Jahr 1921 gezahlt wurde.

Für Wohnungen und Lokale, die umsonst auf fremden Grundstücken eingenommen wurden, wird die außerordentliche staatliche Abgabe in der Höhe des doppelten jährlichen Nutzwertes berechnet, der der Miete (Abs. 1 dieses Artikels) für Wohnungen und der Miete der Lokale entspricht, die sich unter denselben oder ähnlichen Bedingungen befinden. In denjenigen Ortschaften, in denen die Grundsätze des Mieterschutzgesetzes vom 18. Dezember 1920 nicht verpflichten (Dz. Ustaw R. P. Nr. 4/21, Pos. 19), wird die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf die in diesem Artikel genannten Personen entfällt, in der Höhe von 2000 M. für jedes Zimmer bzw. Räumlichkeit berechnet.

Art. 10. Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf Grund des Art. 2, Teil V, entrichtet werden muß, wird in der Höhe eines Fünftels des Einkommens berechnet, das aus der Ausübung freier Berufe im Jahre 1920 erzielt wurde und bei der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1921 festgestellt wurde.

Art. 11. Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf die in Art. 2, Teil VI, genannten Personen entfällt, wird in folgender Höhe berechnet:

a) 1 Million Mark von einem Personenauto mit mehr als 15 Pferdekräften und in der Höhe von 750 000 Mark von einem Auto mit weniger Pferdekräften;

b) 200 000 M. von einer mehrspännigen Equipage und 100 000 Mark von einer einspännigen Equipage;

c) 20 000 M. von einer zweispännigen Droschke und 10 000 M. von einer einspännigen Droschke in Warschau und Lodz, und die Hälfte dieser Summen von Droschken in anderen Städten;

d) 100 000 M. von einem Autoomnibus und 40 000 M. von einer Autodroschke.

Art. 12. 1. (Ausgelassen.) Die außerordentliche staatliche Abgabe, die in diesem Artikel bestimmt ist, gilt nur für Petroleum-Unternehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Sejm.

Sitzung vom 13. Januar 1922.

Warschau, 14. Januar.

Der Sejmmarschall teilt mit, daß Herr Stoiński von der Leitung des Ernährungsministeriums entbunden worden ist.

Das Gesetz über neue Emissionen der polnischen Landesdarlehnskasse wird in erster Lesung dem Ausschuß überwiesen.

Die Auslieferung mehrerer Abgeordneter auf Verlangen der Staatsanwaltschaft wird abgelehnt, dagegen wird die Auslieferung des Abg. Okoń auf Antrag des Bezirksgerichts in Warschau genehmigt.

Der Ausschußbericht über die Frage der Gründung und Unterhaltung öffentlicher Elementarschulen wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die Regierung erklärt hat, daß für diesen Zweck keine Deckung vorhanden wäre. Abg. Woźnicki erhebt dagegen Einspruch und verlangt von der Regierung, daß sie beschleunigt eine Deckung zu diesem Zweck schafft. Abg. Sołtyk fordert die Regierung auf, spätestens am Donnerstag dem Staatshaushaltsausschuß einen Antrag über die Deckung der mit diesem Gesetz verbundenen Ausgaben vorzulegen. Abg. Smulikowski verlangt, daß bei der weiteren Aussprache über dieses Gesetz ein Vertreter des Unterrichtsministeriums anwesend sei.

Der Marschall teilt mit, daß der Ältestenausschuß eine Änderung des Art. 56 der Geschäftsordnung beschlossen hätte, und zwar in dem Sinne, daß das unbegründete Fehlen eines Abgeordneten in der Sejmsitzung nicht erst nach drei Sitzungen, sondern schon nach zwei Sitzungen den Verlust eines Teiles der Teuerungszulage nach sich zieht. Diese Bestimmung tritt nach dem 20. Januar in Kraft.

Nächste Sitzung am Dienstag.

Aus der polnischen Presse.

Mit der Option und der nach der Option zu erwartenden Abwanderung vieler Deutscher beschäftigt sich der „Dziennik Bydgoski" in seiner Nummer vom 11. Januar, und in diesem Aufsatz schreibt er einige merkwürdige Dinge. Da ist zu lesen:

„Wir teilen die Ansicht, daß wir über die massenhafte Abwanderung der Deutschen froh sind, durchaus nicht, da diese in ihrer großen Mehrzahl ein schaffendes Element sind, das sich gern der Autorität des Staates unterwirft. Wir sind überzeugt, daß sie bei sachlicher und gesetzmäßiger Behandlung in ihrem zweiten und dritten Geschlechte treueste Staatsbürger sein werden. Dieses erweist auch die kluge Politik der allerletzten Vergangenheit. Denken wir daran, daß für uns die Gewalt- und Bedrückerpolitik am wenigsten schädlich war, da sie in uns den Widerstand und die Energie sowie das Nationalgefühl aufrecht erhielt. Diese Politik hat zur Folge gehabt, daß wir in jedem Deutschen einen Feind sahen, mit dem man sich nicht vereinigen konnte. Machten uns aber die Deutschen Zugeständnisse, so zeigte sich ein Lockerwerden in der Geschlossenheit, und der Widerstand gegen deutsche Einflüsse wurde schwächer. Die Zeit Caprivis war für uns weit schädlicher als die Bismarcks. In ersterer wurde uns Entgegenkommen gezeigt, so daß wir Preußen geneigter wurden. Lernen wir also aus der Geschichte!"

„Macht man den Russen in den östlichen Teilen unseres Staates und im östlichen Kleinpolen weitgehende Zugeständnisse, obgleich diese in nationaler Beziehung weniger einzuschätzen sind als die Deutschen, so muß dies letzteren gegenüber in viel größerem Maße erfolgen; vor allem müssen alle chauvinistischen Bestrebungen vermieden werden, durch die nur eine Kluft hervorgerufen, dem Staat aber in keiner Weise gedient wird."

Woher der neue Wind?

Posener Wochenbriefe.

II.

Posen, 14. Januar 1922.

Die Woche, von der ich Ihnen heute zu berichten habe, sehr verehrte und gar wunderliebliche Freundin, hatte für uns Deutsche in Posen — oder wenigstens für einen Teil von uns — ihr besonderes Antlitz. Sie wurde eine Bach-Woche. Ja, da staunen Sie! Eine Bach-Woche in Posen. Merkwürdig, aber wahr.

Die Woche begann mit der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des hiesigen Bachvereins. Über diese Feier wurde schon an einer anderen Stelle des „Posener Tageblattes" ausführlich berichtet, und da Sie, wie ich zu unserer und zu Ihrer Ehre annehme, das „Posener Tageblatt" regelmäßig lesen, wird Ihnen auch dieser Festbericht nicht entgangen sein. Die Feier gab, wie Sie aus dem Bericht ersehen haben werden, auch Gelegenheit, eine Anzahl von Werken Johann Sebastian Bachs zu hören, nämlich bei dem Festakt am Vormittag die Choralkantate „Herr Jesu Christ, meins Lebens Licht" und mehrere Kammermusikwerke, und bei der geselligen Zusammenkunft am Nachmittag die selten aufgeführte „Kaffeekantate".

So begann die Woche. Nun wollte es der Zufall — oder das, was man so Zufall nennt, (denn an einen Zufall glaube ich, wie Sie wissen, nicht) —, daß in diese selbe Woche ein schon vor längerer Zeit angekündigter Vortrag über „Bach, Beethoven, Brahms" fiel, — einer der Vorträge, aus denen sich die vom Dozentenausschuß der Volkstümlich-wissenschaftlichen Vorträge dankenswerterweise veranstaltete Reihe von Vorträgen über deutschkundliche und heimatkundliche Themen zusammensetzt. Die Vorträge dieser besonderen Reihe finden an jedem Mittwoch von 6 Uhr bis 8 Uhr im Deutschen Gymnasium statt (und zwar teilweise im Zeichensaal, teilweise in der Aula) und versammeln jedesmal ein sehr empfängliches, lerneifriges und dankbares Publikum. Bis jetzt sind Vorträge gehalten worden über den geologischen Aufbau und die Pflanzen- und Tierzucht des Posener Landes, über die geschichtliche Entwicklung des Posener Landes, über das deutsche Volk und seine volkstümlichen Überlieferungen, über das deutsche Recht, die deutsche Sprache, die deutsche Volksdichtung, über Faust und über Albrecht Dürer. Der Mittwoch der abgelaufenen Woche brachte nun den in dieser Reihe stehenden Vortrag über Bach, Beethoven, Brahms als die drei Hauptverkörperer deutschen musikalischen Innenlebens, und da der Vortrag von einem Manne gehalten wurde, der, weit entfernt von musikalischer Einseitigkeit, doch in erster Linie als Bachapostel angesprochen werden darf, nämlich von dem Gründer und gegenwärtigen Dirigenten des Bachvereins, Herrn Pastor Greulich, so trat auch hier Bachs Persönlichkeit und die Bedeutung seines Schaffens für die deutsche Kulturentwicklung ganz besonders scharf hervor.

Und nun zum zweiten Mal der berühmte sogenannte Zufall: Schon der nächste Tag, der Donnerstag dieser Woche, brachte wieder eine Bach-Veranstaltung, deren zeitliche Nachbarschaft mit dem Jubiläum des Bachvereins und dem Vortrag über Bach, Beethoven, Brahms durchaus nicht beabsichtigt, sondern lediglich eine Folge äußerer Umstände war. Die Veranstaltung, um die es sich in diesem Falle handelt, war ein Konzert, — und zwar was an sich schon für uns bedeutungsvoll genug ist) das Auftreten zweier aus Deutschland zu uns gekommener Künstler: der Sängerin Ida Maria Eucken und des Pianisten Erwin Bodky. Es gab an diesem Abend ein geradezu phänomenales und monumentales (sind das nicht zwei sehr schöne Wörter?) Programm. Ich muß es Ihnen ganz hierher setzen, damit Sie sehen, als was für anständige Leute wir offenbar eingeschätzt werden. Also. Die acht Nummern des Programms (mit mehreren Unterabteilungen a, b, c, d usw., die ich zum Teil fortlasse, sind: 1. Präludium und Fuge A-moll, von der Orgel für Klavier übertragen von Franz Liszt, 2 a) Arie aus dem Magnificat „Quia respexit", b) Arie aus der Kantate Nr. 21 „Seufzer, Tränen, Kummer, Not", 3. Capriccio „über die Abreise des vielgeliebten Bruders", 4. Recitativ und Arie aus der Kantate 61 „Ich ende behende", 5. Drei geistliche Lieder: a) Brich entzwei, b) Eins ist not, c) Öffne dich, mein ganzes Herze, 6. zwei Choralvorspiele: a) „O Mensch, bewein Dein Sünde groß", von der Orgel für Klavier übertragen von Max Reger, b) „Wachet auf, ruft uns die Stimme", übertragen von Feruccio Busoni, 7. Arie aus der Kantate Nr. 51 „Jauchzet Gott in alle Landen", 8. Partita VII (genannt die „französische Ouvertüre"). Sie sehen: Es ist ein Programm, das geeignet ist, Johann Sebastian Bach von verschiedenen Seiten zu zeigen, — kirchlich und weltlich, ernst und lustig, wehklagend, jubelnd und zum Tanz aufspielend, als absoluten Musiker und als Programmatiker. An ein solches Programm können sich nur Künstler wagen, die sich schon sehr tief in Bachs Stil und Wesen eingelebt haben. Daß Frl. Eucken und Herr Bodky als solche Künstler, als durchaus ernst zu nehmende Bachinterpreten zu gelten haben, bewies der Verlauf ihres Posener Abends. Ganz über der Sache stehend und die vorgetragenen Werke innerlich und äußerlich beherrschend, gaben sie einen wirklich lebendigen, vielseitigen und unmittelbar wirkenden Bach. In Herrn Bodky lernten wir einen in Technik und Vortrag gleich trefflichen Pianisten kennen, dessen Spiel durch Kraft, Weichheit und Klarheit gekennzeichnet ist; in Frl. Eucken eine Mezzosopranistin von schönen und geschickt verwendeten Mitteln und großer musikalischer Intelligenz. Wenn an der Leistung der Sängerin etwas beanstandet werden darf, so wäre es die zuweilen auffallend undeutliche Aussprache der Konsonanten, besonders im Anlaut.

So war das mit der Bach-Woche, und wir haben allen Anlaß, denen, die uns unbeabsichtigterweise zu dieser Woche verholfen haben, dankbar zu sein, — sowohl den einheimischen Damen und Herren, die sich in den Dienst der Sache stellten, als auch (und besonders) den beiden deutschen Künstlern, die die Mühsal der weiten Reise nicht scheuten und uns mit den ernsten Gaben ihres Könnens beschenkten.

Da ich in diesem Brief so stark ins Musikalische hineingekommen bin und da Sie, sehr verehrte und gar wunderliebliche Freundin, wie ich weiß, auch gern von solchen Dingen hören, will ich diesmal bei dem Musikalischen bleiben und Ihnen noch kurz berichten, daß es am Dienstag dieser Woche im Großen Theater zum ersten Mal die dreiaktige Oper „Lakmé" von Délibes gab, — ein Werk, dessen Musik zwar manche anmutig melodiösen Stellen hat, als Kost eines ganzen Abends mir aber doch etwas gar zu arm an Inhalt und geistiger Eigenart erschien. Die Aufführung kann gelobt werden. In den weiblichen Hauptrollen bewährten sich Frl. Zamorska und Frl. Wolska, in den männlichen Hauptrollen die Herren Bedlewicz und Urbanowicz, und der zuletzt genannte, gegenwärtig wohl der beste Sänger der hiesigen Opernbühne, verdient wieder, besonders herausgeschrieben zu werden: Seinem weichen, mühelos klanggebenden und weise verwendeten Baß zu lauschen, ist an sich schon eine Freude. Das Orchester entledigte sich unter Herrn Wojciechowskis Leitung seiner in diesem Falle nicht sehr schwierigen Aufgabe mit Anstand, dem Auge wurde manches schöne Bild geboten (Spielleitung Herr Ludwig).

O weh! Mein Wochenbrief ist eine Theater- und Konzertkritik geworden. Ich schäme mich beinahe. Die Katze läßt das Mausen nicht. Üben Sie Nachsicht und lassen Sie Gnade walten. Ich werde mir Mühe geben, dem nächsten Brief ein anderes Gesicht zu geben.

Bis dahin grüße ich Sie als Ihr allergehorsamster und unentwegt getreuer

Posener Freund.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 14. Januar.

Keine weitere Annahme von Optionserklärungen.

Am 10. Januar ist die Frist, innerhalb der Optionserklärungen gemäß Artikel 91 des Versailler Friedensvertrages abgegeben werden konnten, abgelaufen. Die Möglichkeit durch den Akt der Option den Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit zurückzuerwerben, hat damit aufgehört. Es ist infolgedessen auch nicht mehr angängig, daß die deutschen amtlichen Vertretungen im Ausland weiterhin Optionserklärungen entgegennehmen. Im Interesse der Vermeidung von Zeitverlust und unnötigen Kosten muß daher dringend davon abgeraten werden, nach dem 10. Januar noch den Versuch der Abgabe einer Optionserklärung vor dem Deutschen Konsulat in Posen zu unternehmen. Wie wir erfahren, sind übrigens hinsichtlich der beim Posener Konsulat eingegangenen schriftlichen Optionserklärungen, obwohl in allen Fällen die gemäß Paragraph 4 der deutschen Optionsverordnungen zu ihrer Gültigkeit vorgeschriebene Unterschriftsbeglaubigung durch einen deutschen Konsul fehlt, die zuständigen Stellen um eine Entscheidung darüber angegangen worden, ob nicht auch diese Erklärungen unter gewissen Voraussetzungen als gültig angesehen werden könnten. Eine weitere Mitteilung hierüber wird seinerzeit durch die Presse erfolgen.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß die Erteilung von Auskünften in Optionsangelegenheiten nur noch bei der deutschen Paßstelle, Chopina 3a (fr. Kirchbachallee) stattfindet.

Deutscher Kreisbauernverein Posen.

Der Deutsche Kreisbauernverein Posen hielt Freitag mittag im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden, Oberamtmanns Seyffarth (früherer Domänenpächter von Desenberg) nach längerer Unterbrechung wieder eine Monatssitzung ab, die einen recht erfreulichen Besuch aufwies.

In seiner Eröffnungsansprache wies der stellvertretende Vorsitzende auf das neue Jahr hin, dessen Verlauf man nur mit großer Besorgnis entgegensehen könne, angesichts der Danina, die den Landwirten großes Betriebskapital entziehen werde. Über die Danina soll demnächst in einer besonderen Sitzung ein Vortrag gehalten werden.

Der Geschäftsführer des Kreisbauernvereins Dr. Wagner machte darauf mehrere geschäftliche Mitteilungen, u. a. gab er bekannt, daß in der nächsten Sitzung der Vorsitzende, Landrat a. D. von Treskow einen Vortrag über die Lage des Spiritusgewerbes halten werde. Über Unregelmäßigkeiten in der Belieferung des „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatts", dessen Abonnement nur noch bei den Postämtern erfolgen kann, sind Beschwerden an die betreffenden Postämter zu richten.

Im Auftrage des am Erscheinen verhinderten Vereinsvorsitzenden machte ein Herr verschiedene Mitteilungen über die gegenwärtige Lage des Spiritusgeschäfts.

Hierauf sprach Rittergutsbesitzer Dr. Weiß-Eichenhöhe über Erbsenbau auf Grund seiner 15jährigen eigenen Erfahrung. Man unterscheidet zwei Arten von Erbsen, die Kleinerbsen und die großen Viktoriaerbsen. Über die erstere Sorte konnte der Vortragende aus eigener Erfahrung keine Angaben machen, dagegen hat er die verschiedensten Sorten der großen Viktoriaerbsen angebaut, deren ungleiche Reife er besprach. Als Boden für den Erbsenbau empfiehlt sich Lehmboden mit Mergelunterlage. Als Vorfrucht dient der Erbse nach der Ansicht des Vortragenden jede Frucht. Als Düngung empfiehlt sich eine halbe Stallmistdüngung. Darüber gehen die Meinungen allerdings sehr auseinander. Die Pflanze braucht Stickstoff, der im Stallmist neben anderen Erfordernissen vorhanden ist. Die Bestellung der Erbse muß möglichst früh erfolgen. Ein Erbsenfeld, das hohe Früchte liefern soll, muß in einer Woche abblühen; es muß in der Blütezeit wie ein Schneefeld aussehen. In der Vegetationszeit der Blüte stehen die Erbsen in Gefahr. Nach der Auffassung von älteren Bauern, die der Vortragende durch seine Beobachtung bestätigt fand, darf es in die Erbsen nicht blitzen, da sie hierdurch geschädigt werden. Das Ausdreschen der Erbsen mit dem Flegel kommt dem Dreschen mit der Maschine hinsichtlich der Kosten gleich. Die Erbse drischt sich nicht leicht. Auf alle Fälle müssen mit der Maschine gedroschene Erbsen mit der Hand sorgfältig nachgelesen werden. In den 15 Jahren seines Erbsenbaus hatte der Vortragende Erträge von 1½ bis 15 Ztr. auf den Morgen, durchschnittlich 8—9 Ztr.

Nach einer kurzen Aussprache über den Vortrag, in der u. a. Major a. D. Bleeker-Kohlsaat wertvolle ergänzende Ausführungen machte, folgte ein zweiter Vortrag des Schafzuchtdirektors der Großpolnischen Landwirtschaftskammer in Posen, Herrn von Alkiewicz über Schafzucht. Er sprach zunächst über die Rentabilität der Schafzucht, die nicht ohne weiteres festzustellen sei. Die Hauptfrage sei, die Wirtschaftlichkeit der Schafzucht festzustellen. Seit 40 Jahren ist die Schafzucht zurückgegangen, weil mit dem Sinken der Futtermittelpreise die Schafzucht unrentabel werden mußte, und deshalb wurde sie meist abgeschafft. Ein abgeschaffter Wirtschaftszweig macht sich dann besonders geltend, wenn der ganze Wirtschaftsbetrieb umgestellt werden muß. Der Mangel und die hohen Preise der Düngemittel, die hohen Arbeiterlöhne usw. gestatten heut nicht den intensiven Wirtschaftsbetrieb wie früher. Eine Rentabilitätsberechnung der Schafzucht wird immer ein Minus ergeben. Es handelt sich nur darum festzustellen, welcher Wirtschaftsbetrieb das kleinere Minus ergibt. In der Zeit des Fehlens künstlicher Düngemittel muß der animalische Dünger durch reichere Viehhaltung beschafft werden. Hierfür ist das Schaf das verhältnismäßig billigste Tier. Vor dem Kriege war die Haltung von Wollschafen nicht richtig. Heut liegen die Verhältnisse anders. Heut heißt es produzieren, aber billig. Hauptsache ist die Produktion des Stalldüngers. Die Zuchtrichtung des Schafes muß heute nicht durch den Fleisch-, sondern durch den Wollpreis bestimmt werden. Alle Züchtungen auf die Rambouillets einzustellen, würde sich nicht empfehlen. Das Merinofleischschaf ist das ideale Schaf; es wurde in den 80er Jahren hier eingeführt; es liefert eine edle, feinere Wolle und wird von der Industrie höher bewertet, als die Wolle des Meleschafs, das ein ausgesprochenes Fleischschaf und über die englischen Arten zu setzen ist. Im Kleingrundbesitz sind die edlen Wollträger durchaus nicht am Platze. Er braucht eine Wolle, die er selbst spinnen kann; keine edle Wolle aber läßt sich leicht verspinnen. Er braucht ein Schaf, das kein Herdenvieh und stark ist, das ohne Aufsicht herumgehen kann. Für ihn ist das Landschaf das geeignete Schaf. Es ist klein, aber robust, ausdauernd und anspruchslos. Während des Krieges wurden hier ostfriesische Milchschafe eingeführt. Es ist aber für die hiesige Gegend nicht das Ideal, das wohl in die fetten ostfriesischen Weideländereien hineingehört. Die hiesigen Schafe haben sich aber durch das ostfriesische Milchschaf verbessern lassen. Eine wichtige Frage ist die über die Wollverwertung. Die Absatzmöglichkeit nach dem Westen besteht nicht mehr; man ist hier jetzt auf die Industrie des Ostens angewiesen. Leider geht man hier nicht immer gerade Wege. Die Frage der Wollauktionen ist zwar ventiliert, aber noch nicht endgültig erledigt. Heutzutage werden für Wolle 42 000 M. bezahlt, ein ungenügender Preis im Verhältnis zum Weltmarktpreise. Die Preise werden durch die Zwischenhändler zu sehr herabgedrückt. Soll die Schafzucht rentabel sein, dann darf sie nicht stiefmütterlich behandelt werden. In der Trächtigkeits- und Säugezeit des Schafs muß man ihm dieselben Lebensbedingungen schaffen, wie den übrigen Wirtschaftszweigen. Man muß der Schafzucht auch etwas Wissen und Interesse entgegenbringen. Das gewinnt man an einer empfehlenswerten Schrift des Schafzuchtdirektors Larraß, die in der Rehfeldschen Buchhandlung zu haben ist.

Auch an diesen Vortrag knüpfte sich eine Aussprache, in der ebenfalls Major a. D. Bleeker-Kohlsaat die Ausführungen des Vorredners aus seiner langjährigen Erfahrung ergänzte und wertvolle Fingerzeige für die Schafzucht gab.

Hierauf machte Geschäftsführer Kraft vom Hauptverein der Deutschen Bauernvereine Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes über die landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne bzw. den am 10. d. Mts. in dieser Angelegenheit gefällten Schiedsspruch über die Zahlung des Barlohnes, gegen den Einspruch erhoben werden soll. Die Arbeitgeber wurden gebeten, die Auszahlung des Barlohns nicht früher vorzunehmen, als bis eine entsprechende Bekanntmachung des Arbeitgeberverbandes im „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatt" erfolgt. hb.

× **Eine Herabsetzung der Dombrowoer Steinkohlenpreise** infolge Aufhebung der bisher erhobenen Staatssteuer gibt der Magistrat im heutigen Anzeigenteile für die von ihm zur Verteilung gelieferten Kohlen bekannt. Es kostet jetzt der Zentner Würfel- und Nußkohle I 920 M., Nußkohle II und III 820 M. und Förderkohle 700 M. vom Platze des Händlers.

Die Eisenbahndirektion teilt mit: Am 1. Januar d. Js. trat der neue Vertrag über die wechselseitige Benutzung der Güterwagen im internationalen Verkehr in Kraft, der alle Gebühren für die Benutzung ausländischer Wagen in französischen Franken vorsieht. Deswegen ist die Direktion der Staatseisenbahnen bei dem gegenwärtigen Stande der Valuta gezwungen, die bisher mit Erlaubnis der Eisenbahnbehörden angewandte Praxis der Zurücksendung, d. h. die weitere Absendung von Güterwagen von der ersten Bestimmungsstation zur neuen Zielstation auf ein Minimum einzuschränken. Allen interessierten Unternehmen und Firmen wird somit zur Kenntnis gegeben, daß vom 16. Januar ab bei Zurücksendung beladener fremder Güterwagen die Standgebühren um 100 Prozent erhöht werden, berechnet für die ganze Standzeit, d. h. beginnend von der Stunde der Benachrichtigung über die Ankunft der Sendung bis zur Weiterabfertigung des Wagens.

× **Butterpreis.** In der Woche vom 9. bis 14. d. Mts. zahlte man im Posener Großhandel für das Pfund Butter 650—670 Mk.

Vortrag über Valutafragen. Am Donnerstag, dem 19. d. Mts., abends 8 Uhr wird der bekannte reichsdeutsche Nationalökonom Dr. Alfred Schmidt-Essen, z. Z. Mitarbeiter des wirtschaftlichen-politischen Teiles der „Deutschen Bergwerkszeitung", in der Aula des Deutschem Gymnasiums einen Vortrag über „Valutafragen" halten, unter besonderen Berücksichtigung der reichsdeutschen Valutaverhältnisse. Dr. Schmidt-Essen hat soeben im Verlage von G. Fischer in Jena als Einführung in die Fragen des Geldwesens und auf Veranlassung des Hamburger Bankherren Max M. Warburg eine Valutafibel herausgegeben. Kenntnis vom Bankwesen und von der Valutapolitik ist in der heutigen Zeit für jeden Gebildeten eine Notwendigkeit. Eintrittskarten zu dieser Veranstaltung, die im Auftrage des Deutschtumsbundes geschieht, sind zum Preise von Mk. 150, 100 und 50 im Vorverkauf in der evangelischen Vereinsbuchhandlung zu haben.

Konzert Lotte Leonard. Die Sopranistin Lotte Leonard aus Berlin wird am Sonnabend, dem 21. d. Mts., abends 8 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses ein Konzert veranstalten. Lotte Leonard rechnet unter die besten der heutigen Konzertsängerinnen und ist als Bachsängerin bekannt. Eintrittskarten zum Preise von M. 300, 200 und 100 M. sind im Vorverkauf in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zu haben.

Hilbig-Edelhof kommt am nächsten Sonntag, 22. d. Mts., nach Posen, um seinen 6. heiteren Abend in neuer Programmauswahl zu sprechen. Der Künstler ist vom Deutschtumsbund für eine Vortragsreise durch Großpolen verpflichtet und fand auch in Posen großen Anklang bei Publikum und Presse. Der Vorverkauf in der Musikalienhandlung Wacław Górski (vorm. Bote u. Bock) hat begonnen.

Männer-Turnverein Posen e. V. Morgen, Sonntag, bei günstigem Schneewetter, Rodelschlittenturnfahrt sämtlicher Abteilungen nach Unterberg. Treffpunkt 9 Uhr früh Endstation Linie 2 Wilda. Rodelschlitten und Tagesverpflegung mitbringen. Rückfahrt gegen abend mit der Bahn.

× **Der jüdische Turnverein „Bar Kochba"** veranstaltet am nächsten Sonnabend laut Anzeige in der heutigen Ausgabe in der Graben-Loge einen Maskenball.

Fußballwettspiele. Am morgigen Sonntag spielt auf dem „Warta"-Platze „Stella" (Gnesen) gegen „Warta". In Thorn treten sich zum Klassifikationswettspiel „Sokół" und „Pogoń" gegenüber.

× **Die Güterbeamtengehälter** bleiben nach den zwischen den zuständigen Stellen getroffenen Verabredungen gegenüber den im letzten Vierteljahr 1921 gezahlten, d. h. der 125fachen Erhöhung des Friedensbargehalts, in diesem Vierteljahr unverändert.

× **Wieder ein empfehlenswertes Dienstmädchen!** Einer im Hause Grobla 6 (früher Grabenstr.) wohnenden Herrschaft verschwand dieser Tage ihr 21jähriges Dienstmädchen, das aber nicht vergaß, einen Überzieher, einen Damenflauschmantel, eine goldene Damenuhr und ein Oberbett mitzunehmen. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen wird auf 150 000 M. angegeben.

---

* **Lissa i. P., 13. Januar.** Die Firma Erich Dieterle mit ihren Zigarrenfabriken in Lissa, Dambitsch, Reisen, Bojanowo und Wollstein ist durch Kauf in den Besitz der langjährigen Mitarbeiter K. Kluczyński und Th. Daniel übergegangen.

* **Samter, 13. Januar.** Heute früh 4 Uhr wurde die Feuerwehr von hier zu einem Brand in der katholischen Schule gerufen. Dort brannte im Oberstockwerk am Ofen der Fußboden durch, und der ganze Kachelofen fiel dadurch ins untere Stockwerk. Der Schaden ist beträchtlich.

* **Bromberg, 13. Januar.** Zur Festnahme der Mörderinnen der Kartenlegerin Lüder schreibt die „Deutsche Rundschau" u. a. folgendes: Wie schon gemeldet, kommen als Täterinnen zwei Mädchen, die 21jährige Teofila Brzezińska aus Niedźwiadków, Kreis Schubin, und die 22jährige Wanda Bocian aus Buczek, Kreis Schwetz, in Betracht. Die beiden Mädchen hielten sich seit längerer Zeit in Bromberg auf und wohnten in dem einzigen Zimmer der Lüder, während diese die Küche bewohnte. Nach Aussagen der Brzezińska hat die Erbitterung gegen die Lüder in der zu hohen Preisforderung für Kost und Wohnung ihren Anfang genommen. Außerdem hatten aber die beiden Mädchen der Lüder Sachen in Verwahrung gegeben, die diese nicht herausgeben wollte. Am 14. Dezember nun, dem Mordtage, kam es zwischen der Brzezińska und der Lüder in der Küche wiederum zum Streit, da letztere sich noch immer weigerte, die Sachen herauszugeben. Die Brzezińska geriet in einen derartigen Zorn, daß sie einen eisernen Kochtopf ergriff und der Lüder damit mehrere Hiebe auf den Kopf versetzte. Diese fiel zu Boden, erholte sich aber wieder. Nun stürzte sich die Brzezińska nochmals auf sie, warf sie auf das Bett, kniete auf ihren Brustkasten, bearbeitete sie mit dem Untersatz eines Bügeleisens und würgte sie. Als die Lüder auch dann noch nicht tot war, knotete sie ihr eine Schnur um den Hals und erwürgte sie. In der Wohnung fanden sich 8000 M. bares Geld, das die Mädchen unter sich teilten. Außerdem nahmen sie Sachen im Werte von 70 000 M. mit sich, die noch alle in ihrem nachherigen Aufenthalt in der Frankenstraße (Leszczyńskiego) 8 aufgefunden wurden. Andere Sachen hatten sie sich noch zum Abholen bereit gelegt. Nachweislich sind die Mörderinnen nach der Tat noch zweimal in der Wohnung der Lüder gewesen, um sich wahrscheinlich weitere Sachen anzueignen. Die Schilderung der Mordtat stützt sich lediglich auf die Aussagen der Brzezińska. Ob die Mörderinnen sich schon vorher mit dem Gedanken der Tat befaßt haben, ist nicht bestimmt, jedoch deutet eine Äußerung der Brzezińska nach einem Streit mit der Lüder, „die mache ich noch kalt", darauf hin. Die Staatspolizei kann auf die Ermittelung der Mörderinnen als auf einen schönen Erfolg zurückblicken, da die Aufklärung recht schwierig war.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Bromberg, 12. Januar.** Vor der Strafkammer des Bezirksgerichts Bromberg hatte sich der Hauptschriftleiter der „Deutschen Nachrichten", Alfred Loake, zu verantworten. Von der Staatsanwaltschaft war Klage erhoben worden wegen eines Artikels, der im März v. Js. in der damals von Herrn Loake geleiteten Wochenschrift „Der Deutsche in Polen" erschienen war. In diesem Artikel war auf den eigenartigen Umstand hingewiesen worden, daß während der Pockenepidemie in Posen an Pocken verstorbene Personen katholischer Konfession zum Teil unter geistlicher Assistenz auf dem evangelischen Pauli-Kirchhofe bestattet wurden. In dieser Veröffentlichung erblickte der Staatsanwalt einen Verstoß gegen § 131 des Strafgesetzbuches (Verbreitung erdichteter oder entstellter Tatsachen, durch die Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich gemacht werden). Ferner wurde Herrn Loake vorgeworfen, daß er eine Berichtigung der Wojewodschaft Posen in dieser Angelegenheit nicht abgedruckt habe (Verstoß gegen § 11 des Preßgesetzes). Vom Angeklagten, wie von seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Maciaszek, wurde geltend gemacht, daß es sich lediglich um die Wiedergabe tatsächlicher Vorgänge gehandelt habe, wofür der Beweis der Wahrheit erbracht werden könne. Verächtlichmachung obrigkeitlicher Anordnungen käme nicht in Frage, da solche in der fraglichen Angelegenheit gar nicht ergangen seien. Der Abdruck der wojewodschaftlichen Berichtigung unterblieb, da diese Herr Loake nicht erhalten hatte. Die von dem Angeklagten gestellten Beweisanträge lehnte das Gericht nach längerer Beratung ab. Entgegen den Anträgen des Staatsanwalts lautete das Urteil des Gerichts auf kostenlose Freisprechung. Die Begründung stützt sich im allgemeinen auf die Ausführungen des Angeklagten und seines Anwalts: Dem Angeklagten könne weder in juristischer noch moralischer Hinsicht ein Vorwurf gemacht werden. Was die Berichtigung anbelangt, so wäre Herr Loake selbst auch dann nicht verpflichtet gewesen, sie abzudrucken, wenn er sie tatsächlich erhalten hätte, da sie den Voraussetzungen des § 11 des Preßgesetzes nicht entsprach.

Neues vom Tage.

§ **Großer Kabelbrand auf dem Pariser Nordbahnhof.** Am Dienstag vormittag 5 Uhr gerieten alle elektrischen Kabel am Nordbahnhof in Brand. Telegraphen und Telephone der Gesellschaft wurden vollständig zerstört. Die Ankunft und Abfahrt der Züge wurde unterbrochen, der Verkehr bis auf die Strecke von Pontoise eingestellt. Erst gegen ½9 Uhr konnte man des Feuers Herr werden. Alle Züge erlitten große Verspätungen. 495 unterirdische Kabel, durch die die Weichen für die Linien nach der Provinz gestellt werden, wurden ebenfalls vernichtet.

§ **Bombenexplosion im Ballsaal.** Ein furchtbares Sprengattentat ist in Homberg verübt worden. Dort feierte der Ruderklub in den Räumen der „Erholung" sein Winterfest. Kurz vor Beendigung der Feier wurde durch das Fenster ein Sprengkörper in den Saal geworfen, der mit furchtbarem Getöse explodierte. Sieben Personen, zwei Männer und fünf Frauen, wurden zum Teil schwer verletzt. Durch die Explosion wurden die Fensterscheiben zertrümmert, in den Parkettfußboden ein großes Loch gerissen und eine Anzahl Tische und Stühle stark beschädigt. Die verletzten Personen wurden in das Krankenhaus gebracht. Der Täter hat bisher nicht ermittelt werden können.

§ **Eine verschwundene Stadt.** Das Städtchen St. Capello bei Messina wurde infolge von Unterwaschungen durch Regengüsse vom Erdboden verschlungen. Die Kathedrale sowie alle Häuser sind verschwunden. Die Zahl der Opfer ist unbekannt.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

F. N. 1. Gegen derartige faule Mieter gibt es leider keinen gesetzlichen Schutz. Sie teilen das Los vieler Hausbesitzer, die Haushälter haben, die ihren Verpflichtungen in keiner Beziehung nachkommen und doch aus der Wohnung nicht entfernt werden können. Wenn Sie aber einwandsfrei nachweisen können, daß die Familie die Scheiben unbeschädigt übernommen hat, können Sie auch von der Polizei nicht zum Einsetzen neuer Scheiben gezwungen werden. Der Mieter ist außerdem nach dem Mieterschutzgesetz zur anteiligen Kostentragung für den Schornsteinfeger neben der Miete verpflichtet.

S. G. in J. 1. An diesem Rechte hat Ihre Option nicht das geringste geändert. 2. Wenn Ihre Eltern nicht für Deutschland optiert haben, können sie hier niemals ausgewiesen werden, einerlei ob die Kinder optiert haben oder nicht. 3. Ja. 4. Das erfahren Sie beim Grundbuchamt.

E. N. in N. 1. Der Mitnahme des Klaviers steht kein Hindernis entgegen, ebenso steht Ihnen das Recht der zollfreien Mitnahme der Wäsche zu. 2a) Schriftlicher Antrag, enthaltend Ziel, Dauer und Zweck der Reise (Formular bei der polnischen Paßstelle), b) Personalausweis, c) Geburtsurkunde, d) Führungszeugnis, e) Bescheinigung der Steuerbehörde über beglichene Steuern, f) Bescheinigung des Hauswirts über bezahlte Steuern, g) Bescheinigung der Gasanstalt, des Elektrizitäts- und Wasserwerks über bezahlte Rechnungen.

N. M. in P. Unseres Erachtens muß sich Ihre Klage gegen den Sattler als Besteller und Empfangnehmer des Kastens richten.

P. S. N. Sie müssen sich mit der Begleichung in polnischer Valuta zufrieden geben.

P. H. O. Namenlose Anfragen, denen obendrein nicht einmal der Bezugsschein beiliegt, beantworten wir grundsätzlich nicht.

A. B. C. 1. Weitere Einzelheiten über die Danina, als die in Nr. 254 des letzten Jahrganges angegebenen können wir Ihnen nicht machen. 2. Eine Lohngerberei ist uns in oder bei Posen nicht bekannt. Wir können Ihnen infolgedessen auch die verschiedenen auf Ledergerberei bezüglichen Fragen nicht beantworten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Börsenwochenbericht

der Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

Der jeweilige Stand der Verhandlungen in Cannes beherrschte den Devisenmarkt in der vergangenen Woche. Anfangs schwankend, sank die Schale Deutschlands gegen Wochenschluß immer mehr. Der Rücktritt Briands und die Tatsache, daß Deutschland bis zum 1. Mai enorme Posten in Goldmark zu zahlen hat, ließen den Dollarkurs in Berlin wieder auf rd. 190 hinaufschnellen, der zu Wochenbeginn ca. 165 notierte. Dementsprechend stieg der Kurs der Polenmark, der zuletzt mit 6,52 für Noten Berlin gemeldet wurde. Sollte die Kursentwicklung der deutschen Mark in dieser Weise weiter fortschreiten, so ist mit weiterem Steigen der Polenmark zu rechnen, das außerdem von der bevorstehenden Vermögensabgabe nachhaltig beeinflußt werden dürfte. Sollte es sich bewahrheiten, daß die Führung der französischen Politik in die Hände von Poincaré und Clémenceau kommt, so würde dies wohl von einschneidender Wirkung auf die deutsche politische und wirtschaftliche Lage und damit auf die seiner Nachbarstaaten sein.

Die Posener Börse blieb von den Bewegungen der Devisenkurse unbeeinflußt und zeigte nach wie vor ein äußerst lustloses Gepräge. Die für den Effektenhandel in Posen in Frage kommenden Kreise scheinen sich mit dem Gedanken abgefunden zu haben, daß an der Posener Börse „nichts los" sei. Ein aufmerksamer Beobachter wird aber bemerkt haben, daß die Kursschwankungen zum Teil verhältnismäßig beträchtlich waren und für aufmerksame Kapitalisten häufig Gelegenheit geboten war, gewinnbringend zu arbeiten. Wenn auch die hiesige Börse durch die immer noch bestehende Geldknappheit stark beeinträchtigt wird, so ist es doch nicht zu billigen, daß durch die Gleichgültigkeit des Publikums ein für die allgemeine Wirtschaftslage nachteiliger Börsenniedergang veranlaßt wird. Zu bemerken ist noch, daß sich der Devisenhandel an der Börse zu größerem Umfange erhoben hat. Es werden täglich bedeutende Posten ausländische Valuta, auch in Noten, gehandelt.

Auf dem Bankaktienmarkt notierten Bank Związku-Aktien unverändert 220. Bank Handlowy-Aktien 360, Bank Kwilecki Potocki-Aktien 235. Von offiziell gehandelten Industriepapieren gingen Barcikowski-Aktien auf 155 zurück. Cegielski-Maschinen-Aktien, die mit 175 einsetzten, konnten ihren Kurs auf 190 erhöhen. Centrala Skór-Aktien wurden bei 230 umgesetzt. C. Hartwig-Aktien setzten mit 320 ein und konnten ihren Kurs behaupten. Hurtownia Związkowa-Aktien und Hurtownia Drogeryjna-Aktien notierten 130. Luban-Aktien konnten ihren Kurs auf 640 erhöhen, da bei ziemlich erheblicher Nachfrage wenig Material an den Markt gelangte. Dr. Roman May-Aktien erhöhten ihren Kurs auf 480, mußten sich jedoch einen Rückgang auf 450 gefallen lassen. Patria Zigaretten-Aktien erhöhten ihren Kurs von 365 auf 430. Poznańska Spółka Drzewna-Aktien behaupteten ihren Kurs von 510. Wytwornia Chemiczna-Aktien 1.—2. Em. wurden bei 175, 3. Em. bei 155 gesucht.

Von inoffiziell notierten Werten wurden Bank Przemysłowców-Aktien mit 200, Iri-Aktien mit 130, Drzewo Wronki mit 230 umgesetzt. Herzfeld u. Victorius-Aktien gingen von 290 auf 270 zurück. Bentzki-Maschinen-Aktien konnten ihren Kurs von 490 nicht behaupten und gingen bei starkem Angebot auf 465 zurück. Waggon Ostrowo-Aktien gaben von 140 auf 125 nach. Orient-Aktien wurden bei 200 umgesetzt, Sarmatia erhöhten ihren Kurs von 430 auf 450. Hurtownia Skór-Aktien 1. Em. wurden bei 250, 2. Em. bei 195 gehandelt. Papiernia Bydgoszcz notierten 185—180. Akwawit-Aktien wurden bei 650, Hartwig Kantorowicz bei 490 umgesetzt.

Jahresbilanz der Weltwirtschaft.

Von Universitätsprofessor Dr. Hermann Levy.

Während beim Abschluß des Weltkrieges die siegreichen Mächte wähnen mochten, daß ein nachhaltiger weltwirtschaftlicher Aufschwung — eine Art von „Gründerzeit" der Weltwirtschaft — eintreten werde, stehen sie heute mit Besorgnis vor dem kranken Körper des vor dem Weltkrieg so kräftigen und gesunden weltwirtschaftlichen Organismus. Die starken Bemühungen der Engländer, durch eine einheitliche Aktion dem heute gebrechlichen Teile der Weltwirtschaft, den mitteleuropäischen und osteuropäischen Staaten, Rußland, Polen, Deutschland, Österreich, Ungarn und den Randstaaten aufzuhelfen, ist nur der Ausdruck der Enttäuschung, die man in letzter Zeit in der englischen Geschäftswelt mit dem Absatz nach Übersee und den englischen Kolonien erlebt hat. Und gerade auf diese Gebiete hatte man noch vor zwei Jahren am meisten gerechnet und geglaubt, durch diesen Absatz die Verluste auf den mitteleuropäischen Märkten ausgleichen zu können. Ja, man hatte aus politischen Gründen die besiegten Länder ihrem wirtschaftlichen Ruin zugunsten einer kräftigen Kriegsentschädigung, Reparation genannt, überlassen zu können geglaubt, so fest hatte man auf die Steigerung des Absatzes in überseeischen Zonen gerechnet.

Heute sieht das alles anders aus. In den Vereinigten Staaten herrscht seit langem eine schwere Absatzkrisis. Wie erst vor wenigen Tagen Mr. Hirst, der langjährige Herausgeber des englischen „Economist", berichtete, sind die Lagerhäuser der Union noch immer mit Waren überfüllt, die aus dem Kriege und der zunächst nach dem Kriege einsetzenden Produktenhausse stammen. In England waren im November mehr als 15 Prozent der Arbeiter arbeitslos, während vor dem Kriege diese Ziffer noch kaum ¼ Prozent betragen hatte. Statt 300—400 Hochöfen sind nur 60—70 in Betrieb, in den großen Textilbezirken wie Manchester, Bolton, Blackburn sind viele Fabriken geschlossen und überall werden Feierschichten eingelegt. „Der Schiffsbau macht die schlimmste Krisis seiner ganzen Geschichte durch; er ist das beste Beispiel für die Schäden, die unserm Lande durch den Krieg erwachsen sind," so schreibt am Ende des Jahres ein Sachverständiger des „Manchester Guardian".

Gerade das Überseegeschäft ist enttäuschend. Die englische Textilindustrie hat in Indien und Japan zwei große Konkurrenten erhalten. Wie es heißt, soll England den Markt für grobe Garnnummern in Indien ganz unwiederbringlich eingebüßt haben. Dazu kommt fast überall eine anschwellende Schutzzollbewegung, die sich natürlich in erster Linie gegen die alteuropäischen Ausfuhrländer richtet. In Amerika herrscht der Fordney-Tarif, in Australien sind neuerdings die Zölle erhöht worden, freilich mit einer Bevorzugung des Mutterlandes, aber was nützt diese, wenn die absolute Höhe der Zollsätze gleichzeitig in die Höhe geschraubt wird? Indien, das früher handelspolitisch von England majorisiert wurde, hat ebenfalls im Frühjahr 1921 seine Zölle zum Schutze seiner jungen Baumwollindustrie erhöht, natürlich in erster Linie gegen seinen Hauptkonkurrenten, die Industrie von Manchester! Dazu kommt, daß die Kolonien noch nicht einmal diejenigen englischen Waren „verdaut" haben, die ihnen kurz nach dem Kriege gesandt wurden. In Südafrika liegt das Geschäft ganz darnieder, vor allem, weil die dortige Diamantenindustrie durch die schlechten Verhältnisse in Amerika ungünstig beeinflußt wird. Fast der ganze Minenbetrieb steht still und die Debeers-Gesellschaft hat mit einem Verlust abgeschlossen. Darum kann Südafrika wiederum nicht viel von England kaufen, und so zieht ein Mißgeschick hier ein anderes dort nach sich. Auch die französische Handelsbilanz, die soeben veröffentlicht wird, macht einen schlechten Eindruck. Die Gewichtsausfuhr (und diese muß betrachtet werden, da die Wertausfuhr infolge der Erhöhung der Warenpreise heute nicht den Ausschlag gibt), die 1913 etwa 20 Millionen Tonnen betrug, ist auf etwas über 13 Millionen zurückgegangen, während für die gleiche Einfuhrmenge heute das fast Dreifache bezahlt werden muß. Alles in allem zeigt also die Weltwirtschaft ein krankes Bild. Es bewahrheitet sich mehr und mehr, daß starke Verwundungen bestimmter Stellen der Weltwirtschaft nicht ohne Nachwirkungen auf den gesamten Organismus derselben sein können. Dazu ist die Verflechtung der einzelnen staatlichen Wirtschaften vor dem Kriege eine viel zu starke gewesen. Der Absatz über See kann nur gefördert werden, wenn die alteuropäische Industrie wieder zu Kosten arbeiten kann, welche nicht so hoch sind, daß sie den Bedarf abschrecken oder eine neue Konkurrenz auf fernen Gebieten großziehen. Um aber die Kosten der Erzeugung zu ermäßigen, muß man diese wieder möglichst rasch zu dem Vorkriegsumfang erweitern. Dies kann aber z. B. für England solange nicht geschehen, wie der mittel- und osteuropäische Komplex früherer Abnehmer wirtschaftlich ruiniert bleibt oder durch eine kurzsichtige Nachkriegspolitik valutarisch zerrüttet wird. Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft kann nicht darin bestehen, daß man einzelne Gebiete auf Kosten anderer ohne Rücksicht auf die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen vernachlässigt. Die Weltwirtschaft ist nicht von Ministern oder Politikern gemacht worden, sondern aus dem freien Spiel wirtschaftlicher Kräfte als das Ergebnis internationaler Arbeitsteilung hervorgegangen. Das alte Jahr hat dem englischen Kaufmann vor Augen geführt, daß man auch die Weltwirtschaft nicht verschieben kann wie Figuren eines Schachbrettes. Nur Gesamtwiederaufbau unter ernster Berücksichtigung der natürlichen Produktionsverhältnisse der einzelnen Länder kann helfen, ob es sich nun um frühere Feinde, um Kolonien oder befreundete Länder handelt. Wenn das neue Jahr an Stelle des politischen Imperialismus die Politik des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus brächte, so würde es das erste Jahr des Friedens sein.

Frankreichs Außenhandel.

(Aus der neuesten Nummer des vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv herausgegebenen „Wirtschaftsdienst".)

Die französische Statistik arbeitet verblüffend schnell. Die Zollverwaltung ist bereits in der Lage gewesen, folgende Daten über die Ein- und Ausfuhr Frankreichs in den Monaten Januar bis Dezember 1921 zu veröffentlichen:

Einfuhr (in 1000 fr.)	11 ersten Monate 1920	1921	Vergleich der Jahre 1920/21
Nahrungsmittel	10 965 986	5 451 227	— 5 114 759
Rohstoffe u. Ind.-Bedarfsart.	22 738 580	10 541 892	—12 196 688
Fabrikate	11 751 422	4 401 090	— 7 350 332
Zusammen	45 455 988	20 392 209	—25 061 779

Ausfuhr (in 1000 fr.)	1920	1921	Vergleich der Jahre 1920/21
Nahrungsmittel	2 325 143	1 672 761	— 652 382
Rohstoffe u. Ind.-Bedarfsart.	5 589 755	5 009 131	— 580 624
Fabrikate	15 659 608	11 615 790	—4 043 818
Postpakete	1 052 336	1 073 099	+ 20 763
Zusammen	24 626 842	19 370 781	—5 256 061

Auf die einzelnen Monate verteilten sich die Ein- und Ausfuhrmengen in den elf Monaten des verflossenen Jahres, berechnet in 1000 Fr., wie folgt:

	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr	Ausfuhr
Januar	1 982 468	1 882 618	Juli	1 469 117	1 563 055
Februar	1 613 931	1 899 444	August	1 731 294	1 725 092
März	1 742 908	1 686 426	Septbr.	2 225 679	1 774 653
April	1 779 089	1 932 268	Oktober	2 226 951	1 759 472
Mai	1 565 508	1 648 635	Novemb.	2 333 730	1 748 654
Juni	1 723 534	1 750 464			

Seit dem August war die Handelsbilanz also zunehmend passiv.

Um einen Vergleich mit Frankreichs letzter Friedensein- und -ausfuhr zu ermöglichen, — da der Wert derselben durch Preissteigerungen und das Sinken des Frankenkurses sich stark verschoben hat — seien hier noch die Tonnenzahlen des Außenhandels genannt:

Einfuhr in To.	11 erste Monate 1920	1921	Vergleich der Jahre 1920/21
Nahrungsmittel	5 754 306	3 562 436	— 2 161 870
Rohstoffe u. Ind.-Bedarfsart.	37 153 819	27 900 889	— 9 252 930
Fabrikate	2 268 404	1 283 245	— 985 159
Zusammen	45 176 529	32 776 570	— 12 399 959

Ausfuhr in To.	11 erste Monate 1920	1921	Vergleich der Jahre 1920/21
Nahrungsmittel	1 113 587	1 078 234	— 35 353
Rohstoffe u. Ind.-Bedarfsart.	8 803 241	10 651 361	+ 1 849 120
Fabrikate	1 750 432	1 741 916	— 8 516
Postpakete	20 278	21 440	+ 1 162
Zusammen	11 687 538	13 493 951	+ 1 806 413

Genauere Angaben über die einzelnen Warengruppen fehlen noch. Da die Einfuhr in den elf ersten Monaten des Jahres 1913 7 594 532 000 Fr. und 39 970 544 To., und die Ausfuhr in der gleichen Zeit des gleichen Jahres 6 234 574 000 Fr. und 20 027 466 Tonnen betrugen, so ist also ein recht bedeutender Rückgang des Außenhandels festzustellen, und zwar um 18 % der Einfuhr und 32 % der Ausfuhr.

Neuere Daten über die Verteilung des Außenhandels auf die wichtigsten Länder liegen noch nicht vor. In der Zeit vom 1. 1. bis 1. 10. 21 verteilten sich die Ein- und Ausfuhrmengen wie folgt („L'Exportateur Franç." 276):

Einfuhr (in 1000 Fr.)	9 erste Monate 1921	1920
Ver. Staat.	2 575 769	7 956 268
England	2 051 664	8 399 486
Deutschland	1 985 277	1 812 504
Belgien	1 296 623	2 450 239
Algier	698 994	771 335
Argentinien	478 306	2 417 649
Brasilien	411 264	720 397
Italien	384 584	1 016 503
Spanien	322 574	818 430
Schweiz	298 562	803 518
Tunis	200 689	201 089
Marokko	78 084	118 750
Sonst. Ausl.	3 953 240	9 092 745
Sonst. franz. Kolonien	1 097 898	1 435 107
Zus.	15 833 528	38 014 020

Ausfuhr (in 1000 Fr.)	9 erste Monate 1921	1920
Belgien	3 071 706	3 383 363
England	2 396 370	3 351 090
Deutschland	1 836 486	913 971
Ver. Staaten	1 471 438	1 713 858
Schweiz	962 304	1 381 583
Algier	932 124	1 562 041
Italien	576 548	989 602
Spanien	442 368	761 078
Marokko	328 124	538 206
Argentinien	201 954	317 823
Tunis	184 518	283 428
Brasilien	111 228	268 178
Sonst. Ausl.	2 975 076	3 710 409
Sonst. franz. Kolonien	372 411	473 165
Zus.	15 862 655	19 647 795

Bezeichnend für Frankreichs wirtschaftliche Lage ist der außerordentlich starke Rückgang von Rohstoffen und Industriebedarfsartikeln um fast ein Drittel der Tonnenzahl und mehr als die Hälfte dem Werte nach. Der Beschäftigungsgrad der Industrie ist demnach ein recht unbefriedigender, wenn auch die Ausfuhrmengen dem Gewicht nach langsam zunehmen. Es kann daher nicht davon gesprochen werden, daß die Krise nun wirklich überwunden wäre, zumal die Entwertung des Franks diese Steigerung der Ausfuhrmengen wieder ausgleicht. (Man notierte den Frank in Neuyork im vergangenen Jahre: 3. 1. — 5,91; 1. 3. — 7,13; 1. 6 — 8,37; 1. 8. — 7,63; 1. 11. — 7,39; 1. 12. — 7,03.)

Es ist daher verständlich, wenn die Lyoner Handelskammer den gegenwärtigen Zustand des französischen Außenhandels als unhaltbar bezeichnet, denn es ist die Handelspolitik der Regierung, die in letzter Zeit Schwierigkeiten geschaffen hat, oder, richtiger gesagt, nicht zu beseitigen verstanden hat, die eine Gesundung der französischen Wirtschaft unmöglich machen. Mit Spanien ist bekanntlich ein Konflikt ausgebrochen, der schließlich zum Zollkrieg geworden ist; um einen Druck auf Spanien auszuüben, ist jetzt die Ausfuhr einer ganzen Reihe von Waren verboten worden, so diejenige von Holz, Terpentin und Kolophonium. Mit Italien sind die wirtschaftlichen Beziehungen gleichfalls ungeklärt und in den Vereinigten Staaten wie in England scheint die Absicht zu bestehen, die Einfuhr von Waren aus valutaschwachen Ländern mit einem Zollaufschlag zu versehen, was nach französischer Auffassung einem Einfuhrverbote gleichkäme. Berücksichtigt man nun, daß England, die Vereinigten Staaten, Italien und Spanien mehr als ein Drittel der französischen Ausfuhr aufnahmen, so wird man die Aussichten des französischen Außenhandels kritische nennen müssen. Dr. Hans v. Eckardt.

= **Hamburgs Seeschiffsverkehr im Dezember 1921.** Nach Aufgabe des Handelsstatistischen Amtes in Hamburg sind im Monat Dezember im Hamburger Hafen seewärts zu Handelszwecken angekommen 593 Dampfer (1913: 864) und 142 Segler bzw. Schleppschiffe (314), im ganzen 735 Seeschiffe mit 873 169 Netto-Reg.-Tonnen (1178 mit 1 179 070). Hiervon führten 383 Schiffe die deutsche, 5 die Danziger, 3 die memelsche, 8 die schwedische, 23 die norwegische, 44 die dänische, 140 die britische, 59 die niederländische, 1 die belgische, 11 die französische, 4 die spanische, 2 die italienische, 5 die portugiesische, 2 die griechische, 23 die amerikanische, 3 die brasilianische, 5 die japanische und 5 die russische Flagge. Abgegangen sind seewärts: 619 Dampfer (868) und 171 Segler bzw. Schleppschiffe (339), im ganzen 790 Seeschiffe mit 877 680 Netto-Reg.-Tonnen (1207 mit 1 118 757). Hiervon führten 428 Schiffe die deutsche, 6 die Danziger, 2 die memelsche, 9 die schwedische, 28 die norwegische, 44 die dänische, 153 die britische, 64 die niederländische, 3 die belgische, 9 die französische Flagge usw.

= **Zunahme der Förderung im Ruhrbecken.** Für den Monat Dezember 1921 wird die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) auf rund 8 Millionen Tonnen in 24¼ Arbeitstagen veranschlagt. Im November 1921 bestand in 24¼ Arbeitstagen eine Kohlenförderung von 7,77 Millionen Tonnen und im Dezember 1920 eine solche von 8,14 Millionen Tonnen. Die arbeitstägliche Förderung für Dezember 1921 wird voraussichtlich auf etwa 316 000 Tonnen kommen gegen 320 520 Tonnen im November und 324 190 Tonnen im Dezember 1920. Da die Förderung des Ruhrbeckens vom 1. Januar bis Ende November 1921 86,06 Millionen Tonnen betragen hat, wird sich die gesamte Jahresförderung voraussichtlich auf 94 Millionen Tonnen stellen gegen 88,26 Millionen Tonnen im Jahre 1920. Die Zunahme der Förderung ist auf die Vermehrung der Belegschaften zurückzuführen. Die Leistung pro Mann und Zeche ist nicht gestiegen.

= **Englisch-lettischer Handelsvertrag.** Am Freitag traf in Riga der lettische Gesandte Bissenek ein. Seine Reise steht im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Handelsvertrags zwischen England und Lettland.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	14. Januar	13. Januar
Bank Związku I—IX em.	220 + A	—,—
Bank Handlowy. Poznań I—VIII	360 + A	—,—
Bank Ziemian I—III em.	240 + N	—,—
R. Barcikowski I—V em.	150 + N	155 + A
Centrala Skór I—IV	230 + N	—,—
Pozn. Sp. Drzewna I—IV	490 + N	—,—
Wytwornia Chemiczna I—II	180 + A	175 + N
" " III	155 + A	155 + N
Hurtownia Drog.	145 +	130 + N
Dr. Roman May I—IV em.	440 + N	450 +
Cegielski I—VII em.	180 +	—,—
Patria	390 + N	—,—
Lubań	680 +	640 + N
C. Hartwig I—IV em.	310 +	—,—
Inoffizielle Kurse:		
Bank Poznański	120 + N	—,—
Bank Przemysłowców	205 +	200 + N
Iri	135—130 + N	—,—
Arcona	205 + A	210 + A
Sarmatia	440 + N	—,—
Hurtownia Skór I em.	250 + N	250 + N
Hurtownia Skór II em.	200 + N	190 + N
Herzfeld-Viktorius	—,—	270 + N
Hartwig Kantorowicz	490 + N	—,—
Kabel	140 + A	—,—
Wytwornia Maszyn Młyńskich I—III	260 + N	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	—,—	180 + A
Trie	—,—	150 + N

Berliner Börsenbericht

vom 13. Januar.

Diskonto-Komm.-Anleihe	420.—	3½ % Pos. Pfandbriefe	15.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	1085.—	Polnische Noten	6.50
Hartmann Masch.-Aktien	816.—	Auszahlung Warschau	6.60
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	705.—	Kriesnoten	8.50
Schantung Eisenbahnanl.	500.—	Dollar	189.75
Neuguinea Comp.-Akt.	580.—	Englische Pfund	802.50
R. Wolff	865.—	Holländische Gulden	6990.—
4% Pos. Pfandbriefe	17.—	Schweizer Franken	3685.—
		Danzig polnische Mark	—.—
		" " Noten	—.—

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 14. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.		Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.
Posen	759,0	—4	NNW	8	Lemberg	758,5	—3	W	3
Bromberg	755,6	—2	NNW	2	Berlin	762,3	—3	WNW	5
Warschau	756,7	—3	NW	4	Danzig	757,2	—2	NO	3
Lodz	757,8	—4	NW	4	Paris	763,9	+2	Windst.	0

Luftdruckverteilung über Europa am 14. Januar: Die gestern über Südosteuropa liegende Depression hat sich nicht verändert, nur eine Randdepression hat sich über Italien gebildet.

Voraussichtliches Wetter für den 15. Januar: Bewölkt, neblig, zeitweise Schneefälle; Temperatur noch etwas fallend; ziemlich starke Winde aus nordwestlicher bis nördlicher Richtung.

Bekanntmachung.

Infolge Aufhebung der von den Dąbrowoer Steinkohlen bisher erhobenen Staatssteuer ändern sich die bisherigen Preise der vom Magistrat zur Verteilung gelieferten Kohlen wie folgt:

Stückkohle, Würfel u. Nuß I	920.— Mk.	für 50 kg (1 Ztr.)
Nuß II u. III	820.— „	„ 50 „ (1 Ztr.)
Förderkohle	700.— „	„ 50 „ (1 Ztr.)

vom Platze des Händlers.

Die durch die Händler zu den bisherigen Preisen erworbenen Bestände unterliegen den oben erwähnten Preisen nicht.

Magistrat.

Wegenersche Frauenschule mit Internat. Das 2. Tertial beginnt am 10. Januar. Anmeldungen nimmt noch entgegen [4521

Poznań, Wały Jagiełły 1/2. **M. Wegener**, Direktorin.

Posener Tiefbrunnen-Baugesch. und Pumpenfabrik, Poznań, Traugutta 6, Tel. 1568, **liefert erstklassige Arbeiten.**



von 300—600 Morgen eventuell zum 1. 4. 1922 oder 1. 7. 1922 **zu pachten gesucht.** Herrschaftlich. Wohnhaus u. gute Wirtschaftsgebäude erwünscht. Vermögen vorhanden. Am liebsten in der Nähe um Poznań oder Leszno. Offerten unter **B. K. 4726** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

In der Zeit vom **Montag, den 16. d. Mts.** bis einschließlich **Sonnabend, den 28. Januar** findet ein

Inventur-Ausverkauf in Textilwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen statt.

Es bietet sich damit für unsere Kundschaft die Gelegenheit, Manufakturwaren aller Art, sowie **Schuhe** und **Stiefel** zu **wirklich billigen Preisen** zu kaufen.

Landw. Hauptgesellschaft

Tow. z ogr. por.

Textilwaren-Abteilung

Hauptlager **Poznań**, ul. Wjazdowa 3.

Zweigniederlassung: **Bydgoszcz.**

Säge- u. Hobelwerk mit Baugeschäft eigener elektr. Lichtanlage, in **Kleinstadt Nähe Posens,** mit Villa und Inventar, zu **vertauschen** oder zu **verkaufen.** **Lück, Pobiedziska.**

Tischler-Schnittmaterial

Kiefer, Eiche, Erle, trocken eingeschuppt, verkauft

Tartak Jarocin, T. z o. p., Jarocin.

Wohn.-Einrichtungen

in besserer und einfacher Art außerordentlich preiswert direkt ab Fabrik. Anfragen unter **4716** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Es stehen zum Verkauf:

2 Original-Englisch-Vollbluthengste.

Nr. 1. Schw.-br. Stern, geb. 1908, Größe 160/169 cm. Röhrbein 20,5 cm, erstkl. starkknochiger Zuchthengst.

Nr. 2. Dklbr. Stern, Schnibbe, l. h. Fsl. w., geb. 1916, Größe 159/167 cm, Röhrbein 19 cm, breiter tiefer Hengst mit viel Gang.

Leistungsnachweis zu Nr. 1 und Abstammungsnachweise vorhanden.

Wagen auf Anmeldung Bahnhof Środa. [4623

Herrschaft Łękno, p. Zaniemyśl, powiat Środa.

Mietvertragsbücher

sind vorrätig in der [4557

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Zwierzyniecka 6.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.



WIELKOPOLSKA CENTRALA ŻARÓWEK

W. Tomaszewski i Ska.

Telephon 1586 **Poznań** ul. Wielka 8

empfiehlt

Elektrische Glühlampen und Gas-Glühkörper aller Art

En gros **En gros**

In- u. ausländische Birnen ständig auf Lager



Herren- und Damen-Wäsche

nach Maß fertigt an

Eugenie Arlt

Św. Marcin 13 I.

Wir erachten es für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß **der Spirituspreis für Februar** bedeutend herabgesetzt werden wird. Höchstwahrscheinlich wird der **Abschlagspreis 300 Mk.** betragen. Diesen Umstand bitten wir bei eventl. **Maiseinkäufen** zu berücksichtigen. [4766

Der Abschlagspreis **für Januar** beträgt nicht 400 sondern **500 M.**

Poznańska Spółka Okowiciana.

(Spiritus-Verwertungs-Genossenschaft).

Unsere Annoncen-Expedition

nimmt alle für auswärtige Zeitungen und Zeitschriften bestimmten Anzeigen entgegen und vermittelt diese ohne Kostenaufschlag zu Originalpreisen.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

POZNAŃ, ulica Zwierzyniecka 6.

Aus meiner durch die Wielkop. Izba Rolnicza anerkannten **Yorkshire-Schweinezucht** habe ich ständig

Läufersauen u. Läufereber

abzugeben. Besichtigung kann jederzeit erfolgen. Bestellungen erbeten an **v. Becker,** **Grudzielec, p. Bronów,** pow. Pleszewski (Poznań).

Altpapier

Alte Zeitungen, Geschäftsbücher, Kopierbücher, Makulatur und Papierabfälle kauft und zahlt hohe Preise [4762

Papiergeschäft Stary Rynek (Alter Markt) 91,

Eing. ul. Wroniecka (Wronker Str.). **W. Chrzanowski.**

Linoleum

verlegt, repariert

S. Orwat,

Wrocławska 13.

Tausche meine Privat-Landwirtschaft 60 Morgen, gutes Ackerl., gute Gebäude, vollständig totes und lebendes Inventar, kath. Schule am Ort, gegen gleichwertige Wirtschaft in Deutschland. Ang. u. **H. S. 4440** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche zum Tausch

Herrschaft, ca. 8000 Morgen. Güter jeder Größe von 3000 Morgen abwärts, Landwirtschaften über 200 Mrg. Bei Tausch garan. Auswander. m. ges. Verm. Kaufe Güter jed. Größe m. Auszahl. gleichwo.

Gutsbesitzer A. Pieper, Torun (Thorn),

Bydgoska 74. Tel. 822.

Ankäufe u. Verkäufe

Mahlmühle

kauft **Fabrik Różana 14.**

Linoleum,

zirka 30 qm, z. kaufen gesucht. Offerten unt. D. A. 4770 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Konto-Bücher
Briefordner
Schnellhefter
Geschäftspapiere
Tinte - Federn
sowie alle anderen
Schreibmaterialien
liefert
Papierhaus Schiller
ul. Szkolna 10 (Schulstr.) a. Stadtkrankenh.

Wohnungen

Wohnungs-Tausch!

2 Zimmer-Wohn., ul Matejki, Neue Gartenstr., gegen eine ebensolche in **Breslau** oder **Landsberg a. W.** sof. oder z. 1. 3. 22 zu tauschen. Off. u. **4401** a. d. Geschst. d. Bl.

Möbl. Zimmer

nahe Kaponniere, an sol. Dame mit eigener Wäsche, zum 1. Febr. zu vermiet. Gefl. Zuschr. u. **J. G. 4783** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Kleineisenzeug

f. Feldbahn u. Normalgleise sowie **Laschen, Laschenschrauben, Schienennägel, Tirifonds, Klemmplatten, Universalbolzen,** ferner; **Lagermetall, Lager, Holzschwellen** für Schmal- u. Normalspur prompt v. Vorrat preisw. lieferb. **Smosehewer i Ska.** T. z o. p., Bydgoszcz.

Grauen Haaren

gibt die Naturfarbe unter Garantie wieder

„Axela" Haar-Regenerator

Flasche 150 Mk, bei **J. Gadebusch, Poznań, Nowa ul. 7** od. „Axela" G. m. b. H. **Berlin N. 4, Schröderstr. 1.**

Stellenangebote

Buchhalterin,

mit der chemischen u. Drogenbranche vertraut, gesucht. Ausführl. Offerten an **„Mabor",** Mickiewicza 15. [4743

Stellengesuche

Beamter, 42 Jahre alt, kath., ledig. der schon selbst. gewirtschaftet hat u. d. spät. Verheiratung gestattet wird. sucht, gestützt auf gute Zeugn., ab 1. 4. od. 1. 7. 22 anderweitig Stellung. Gefl. Ang. u. **M. H. 4710** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

1. Wirtschaftsbeamter

mit besten Zeugnissen und Empfehlungen. 28 J. alt, verh., deutsch u. poln. spr., sucht sof. od. 1. 4. 22 Stell. Gefl. Ang. u. **B. H. 4664** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Forstmann

mit Praxis und Studien, augenblicklich Gymnasial- u. Handelslehrer sucht entsprech. Stellung, auch als Rentmeister. Off. unt. G. K. 4764 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Dampfpflug-Meister,

23 Jahre auf größeren Gütern beschäftigt. verh., sucht sofort od. später Stellung. Off. u. **4748** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Für Knaben von 14½ J., Sohn achtbarer Eltern und mit gut. Mittelschulbildg. wird **Lehrstelle** in einer lebhaft. **Uhrmacherei** bei einem tücht. Meister in Provinzstadt gesucht. Offerten unter **C. K. 4391** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Erf. **Wirtin** m. g. Zeugn. f. im kl. Haush. Dauerstell. v. gl. od. sp. Off. u. **H. W. 4752** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Suche für meine Tochter, 18 J. alt, die d. Schneiderei erl., **Stellung als Stütze,** von gleich oder später, am liebst. a. d. Lande. **E. Mulski, Zakrzewo. p. Belencin**

Herren mit guten Beziehungen zur Industrie für den Verkauf von Treibriemen und Dichtungsmaterialien sowie von Oelen u. Fetten von aller leistungsfähiger Firma als **Vertreter** gesucht.

Offerten unter **S. T. 4747** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Für großes Gut in Deutschland werden gesucht per 1. April

1 erstklassiger, tüchtiger Beamter,

per sofort 2 zweite Beamte

und ein Hofbeamter

1 ordentliches gewandtes Stubenmädchen.

Meldungen mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf und Gehaltsansprüchen an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche zum 1. 4. verheirateten, einfachen **Wirtschafter**

für mein **Vorwerk Erlenhof bei Opalenica.**

Rittergutsbes. **C. Jacobi, Trzcianka** b. Michorzewo.

Gesucht zum 1. April d. Js. ein verheirateter

herrschaftlicher Diener

für großen Landhaushalt, der perfekt im Fach ist und langjähr. Zeugnisse hierüber besitzt. Desgl. zum 1. April od. früher

Masch.-(Dampfpflug-)Meister

gesucht, der sämtliche Reparaturen an landwirtschaftlichen Maschinen versteht und auch mit elektr. Anlage Bescheid weiß. Bewerbungen erbeten an [2680

Güterverwaltung Markowice b. Inowrocław.

Gesucht zum 1. April cr. tüchtiger, zuverlässiger

Müllermeister, welcher zugleich **Brotbäcker** ist, f. hiesig. kleine Dampfmühle mit Bäckerei. Meldungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an **Herrschaft Drzeczkowo, poczta Osieczna, Kr. Leszno.** (4735

Aelter. Maschinenschlosser

firm in Dampfdreschsätzen, Kleereiber und Motoren

stellt ein

Karl Lunau, Maschinenfabrik, Tuchola Pom.

Gesucht zum 1. 4. 22 verheirateten (4699

Gutsgärtner, erfahren in Gemüse- u. Obstbau, Frühbeet, Treibhaus- u. Bienenzucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an

Schwanke, Rittergut Wilka, powiat Września

Suche zum 1. 4. 1922 evang., verheirateten, selbsttätigen

Gärtner.

Zeugnisse und Gehaltsansprüche an [4629

von Opitz, Witosław, p. Osieczna, pow. Leszno.

Herrschaft Grocholin b. Kcynia sucht zum 1. 4. für umfangr. Garten einen tüchtigen, unverheirateten **Gärtner.**

4701] **Die Gutsverwaltung.**

Ledig. Stellmacher

möglichst mit eigenem Werkzeug. bei freiem Tisch und auf Tagelohn kann sich sofort melden in [4722

Dom. Przylepki bei Manieczki, Kreis Śrem.

Für gutlohnende Beschäftigung (Nachmittags-Botengänge) können noch **einige Frauen oder ältere Kinder** sowie **Halbinval.** eingestellt werden.

Posener Buchdruckerei, ul. Zwierzyniecka 6.

Säuglingsheim

des Hilfsvereins deutscher Frauen, Poznan nimmt jg. **Mädchen,** die die Säuglingspflege erlernen wollen, als **Schülerinnen** auf. Beginn des Kursus am **15. Februar** cr. Meldungen an **Sanitätsrat Dr. Pincus, Poznań, Pocztowa 31.**

— Vorm. 11—1 Uhr oder schriftlich. —